


136. Sitzung, Dienstag, 5. März 2002, 19.30 Uhr

 Vorsitz: *Martin Bornhauser (SP, Uster)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen
7. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001, die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Februar

 2002, **3889a**..... *Seite 11386*
Verschiedenes

 – Sitzungsbeginn am 11. März 2002..... *Seite 11437*
Geschäftsordnung
Ratspräsident Martin Bornhauser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

7. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2002

Antrag des Regierungsrates vom 12. September 2001, die Nachträge vom 19. Dezember 2001 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Februar 2002, **3889a**

Fortsetzung der Beratungen

26 Volkswirtschaftsdirektion

Konto 2602, Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs

Konto 2602.5640.100, Investitionsbeiträge an Privatbahnen und Busunternehmungen

Minderheitsantrag Adrian Bergmann, Hans Badertscher, Ernst Brunner, Lorenz Habicher, Laurenz Styger (KEVU)

alt: Fr.- 15'400'000

neu: Fr. - 2'440'000

Verbesserung: Fr. 13'000'000

Vorläufiger Verzicht auf Landerwerb und Weiterprojektierung der Glattalbahn (keine Auswirkungen auf die Laufende Rechnung)

Adrian Bergmann (SVP, Meilen): Eine persönliche Bemerkung vorweg: Wenn wie gestern Vormittag die FDP-Vertreter bei Budgetsparsvorschlägen einen Personalabbau ausklammern, dann ist das Populismus und versuchter Stimmenfang im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Das gehört wahrscheinlich zum Schachspiel, von dem die FDP gestern gesprochen hat.

Zur Stadtbahn: Wenn man die Unterlagen im Vorfeld der fünften Ausbautetappe des Flughafens konsultiert, dann nimmt man beeindruckende Zahlen zur Kenntnis: 20 Millionen Flugpassagiere pro Jahr, bis zum Jahr 2010 plus 34'000 Beschäftigte in dieser Region, plus 6000 Einwohner und eine Zunahme der Verkaufsflächen um 6 Prozent auf 425'000 Quadratmeter – wahrlich Prognosen, die eine Anpassung der Infrastruktur bedingen. Was ist aber geschehen? Die Prognosen sind Makulatur. Die Auswirkungen des durch die verfilzte Hochfinanz verursachten Swissair-Debakels haben der Wirtschaft und vor allem dem Ansehen der Wirtschaft arg zugesetzt. Die Nachwirkungen dieser

Folgen dauern an. Wertvolle Tochtergesellschaften der Swissair werden zum Teil ins Ausland verscherbelt. Die fünfte Ausbautetappe beziehungsweise das neue Terminal muss, ist es erst einmal fertig gestellt, eingemottet werden. Die Hochfinanzspielchen im Zusammenhang mit dem Konkurs der Swissair gehen weiter. Es geht um sehr viele Schulden, sprich Geld.

Wenn so viel wertvolle Substanz verscherbelt oder stillgelegt wird, dann muss dies auch jemand bezahlen. Es sind wie so oft der arbeitende Mittelstand und das Gewerbe. Es sind auch Steuergelder, die dort ruhen. Deshalb müssen wir nun, bevor man diese Planung überstürzt weiterführt und zusätzliche Investitionen zur Hälfte erstellt, unsere Prioritäten überdenken. Es kann sein, dass die Zeit für eine visionäre Stadtbahn kommt. Vorher sind aber zuerst die katastrophalen Zustände bei unserem Hochleistungsstrassennetz rund um Zürich zu beheben. Dort haben wir die Misere und die Kapazitätsengpässe bereits. Dort brauchen wir sie nicht erst noch zu prognostizieren, dies ganz im Gegensatz zur Flughafenregion. Dort wird es einen Marschhalt geben. Hotelprojekte werden zurückgestellt. Bereits werden wieder leer stehende Büroflächen prognostiziert, auch im Oberhauser Riet. Würde die Stadtbahn gemäss Fahrplan gebaut, dann hätten wir halb leere Fahrten; dies in einer Region, die mit Bus und S-Bahn bereits über eine Infrastruktur verfügt. Die Stadtbahn würde unsere zukünftigen Budgets mit Defiziten belasten. Untermauert wird meine Argumentation mit einer Aussage, die ich dem Werbeprojekt für die Stadtbahn entnehme, in dem es heisst: «Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Glattalbahn basieren auf Prognosen für die erwarteten Personenfahrten auf den einzelnen Streckenabschnitten.» Diese Prognosen sind zwei Jahre alt und damit überholt.

Zudem haben wir gestern Vormittag von unserem Finanzdirektor gehört, dass aufgrund der erwarteten Wirtschaftsabkühlung die Steuererträge zurückgehen werden. Es ist deshalb fahrlässig, Geld in Projekte zu lenken, die dann ungenügend genutzt werden. Solche Fehler sind nur in der gescheiterten kommunistischen Planwirtschaft und nicht in einer Marktwirtschaft gemacht worden. Wir im Kantonsrat müssen mit den Steuergeldern verantwortungsbewusst umgehen. Wenn das niemand macht und sich keine andere Partei dafür einsetzt, dann bleibt halt nur die SVP, die für das Gewerbe und den Mittelstand eintritt.

Das Grounding der Swissair, das Debakel beim Dock Midfield und das Chaos auf unseren Strassen genügen. Wir wollen keine Fehlinvestitionen. Wir wollen kein Grounding bei der Stadtbahn. Die Prognosen sind im Moment überholt. Ein Marschhalt bei der Stadtbahn ist angesagt.

Die SVP-Fraktion beantragt deshalb, die Projektierung der Stadtbahn einstweilen zu unterbrechen und bittet den Rat, im Budget die 13 Millionen Franken zu streichen.

Esther Arnet (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (KEVU): Erlauben Sie mir, dass ich nicht zur Weltsituation spreche, sondern zu diesem Antrag, der bei den Investitionsbeiträgen an Privatbahnen und Busunternehmungen eine Kürzung von 13 Millionen Franken vorsieht. Diese 13 Millionen Franken sind nicht wirksam für den Voranschlag dieses Jahres, sondern es gibt eine Entlastung beim Abschreibungsaufwand in den kommenden Jahren. Die Idee des Antrags hat Ihnen Adrian Bergmann erläutert. Es geht darum, die Stadtbahn Glatttal zu verzögern. Die Mehrheit der KEVU ist der Auffassung, dass man diesen Landerwerb, der mit dem Antrag verhindert würde, tätigen und an der Planung weiterarbeiten soll. Ich versichere Ihnen aus Sicht der Kommission, dass wir das Projekt der Stadtbahn Glatttal sehr seriös prüfen und dass wir selbstverständlich die Gedanken von Adrian Bergmann einfließen lassen werden. Er ist selbst Kommissionsmitglied. Wir werden diese Anliegen selbstverständlich prüfen. Die Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf), Referent der Finanzkommission: Auch hier schliesst sich die Mehrheit der Finanzkommission – diesmal ist es auch meine Meinung – der KEVU-Mehrheit an. Es geht effektiv um die Nagelprobe, die vorhin diskutiert worden ist: Stadtbahn, Verzögerung Ja oder Nein? Damit auch ein Stückweit eine Vorwegnahme: kritisch oder nicht? Es wird jetzt an der FDP liegen, hier zu beweisen, dass sie es – wie sie vorhin gesagt hat – ernst meint und dass sie diesen Minderheitsantrag ablehnt, um die Stadtbahn nicht zu verzögern.

Martin Mossdorf (FDP, Bülach): Ich versichere Martin Bäumle, dass wir nicht verzögern werden. Wir finden es grundsätzlich falsch, dass eine Investition gekürzt wird, notabene eine Investition, die für die Laufende Rechnung nicht relevant ist. Es ist falsch, jetzt diese Investition zu kürzen, da die Vorbereitungen der Glattalbahn voll im Gang sind. Der Landerwerb ist eine langfristige Angelegenheit. Wir haben dies so zu taxieren. Auch das Gewerbe wird davon profitieren, wenn diese Bahn einmal gebaut werden kann. Ich bitte Sie, dem Landerwerb zuzustimmen.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Adrian Bergmann, es geht um das Grounding, aber nicht um den Modebegriff, den man jetzt für das Flugwesen geholt hat und den man immer im Mund herumwälzt. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um das Grounding, nämlich um die Schaffung des Fundaments. Darum geht es bei diesem Posten. Es geht um den Landerwerb für die Stadtbahn Glatttal und um deren Projektierung, die wohlgemerkt schon längst angefangen hat. Das Vorprojekt und das Bauprogramm sind fertig. Jetzt geht es noch um die Detailprojektierung. Dafür braucht es dieses Geld.

Das wollen Sie nun entziehen; ein weiterer Schlag unter die Gürtellinie des öffentlichen Verkehrs. Anders kann man dies nicht bezeichnen. Ursprünglich wäre mehr Geld vorgesehen gewesen. Gegenüber dem Voranschlag 2001 ist die Regierung bereits um 13 Millionen Franken heruntergegangen, weil man im letzten Jahr noch keinen Landerwerb tätigen konnte. Konsequenterweise hat das die Regierung mit dem Voranschlag jetzt auf 15 Millionen Franken reduziert. Jetzt kommen Sie und wollen das nochmals reduzieren, also sage und schreibe gegenüber dem Voranschlag 2001 um 26 Millionen Franken. Diese lächerlichen 2 Millionen Franken, die bleiben, sind nur noch 9 Prozent von dem, was vorgesehen war. Wenn das kein Schlag gegen ein zukunftsträchtiges öffentliches Verkehrssystem ist, das hier entstehen soll, dann weiss ich auch nicht, was es sonst sein soll.

Martin Mossdorf, danke vielmals, dass Sie auch in diese Richtung votiert haben. Lehnen wir diese Torpedierung eines zukunftsträchtigen Projekts ab und stimmen wir dem Vorschlag der Regierung zu.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Vorbeugen ist besser als heilen, sagt ein Sprichwort. Vorgebeugt haben seinerzeit nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Schweizerischen Bundesbahnen, als sie sehr viel

Land zwischen Altstetten und Schlieren sowie im Gebiet des Hauptbahnhofs Zürich erworben hatten. Heute kann der öffentliche Verkehr dank der damaligen Voraussicht ausgebaut werden. Die genau gleiche Voraussicht hat die Volkswirtschaftsdirektion in diesem Fall auch wieder. Da kann man, wenn man in guten Treuen operieren will, sicherlich nicht dagegen sein. Die ganze Region steht voll hinter diesem Projekt. Das Projekt wird kein Grounding erleiden. Es ist so: Wenn ein Angebot aufgebaut wird, welches den Bedarf abdeckt und das dann Erfolg haben wird, darf man nicht zuerst auf den Bedarf warten. Das wird auch bei der Stadtbahn Glatttal der Fall sein. In einem solchen Zug sind zum Beispiel 160 Leute. Stellen Sie sich 160 Automobilisten vor, Adrian Bergmann, dann geht das Grounding bei den Strassen fröhlich weiter. Vielleicht sollte man sich doch einmal überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, eine solche Stadtbahn zu planen, anstatt im Stau zu stehen und nach besseren Verhältnissen zu schreien, die dann doch nie kommen werden.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich unterstütze Adrian Bergmann. Sie haben schon im Budget 2001 ein Fundament geschaffen, Peter Stirnemann, in dem Sie 27 Millionen Franken für Landerwerb der Glatttalbahn eingestellt haben. Es konnte noch nicht gebraucht werden. Jetzt scheinen Sie anscheinend wieder das Bedürfnis zu haben, Geld für Landerwerb und Projektierung einzustellen. Es ist explizit in der Differenzbegründung als Projektierung und Landerwerb eingestellt. Die Vorlage Glatttalbahn ist weder durch die Kommission noch durch den Kantonsrat geschweige denn durch die Volksabstimmung gegangen. Die Entwicklung am Flughafen ist deutlich gebremst worden. Die Diskussionen um Perimeter und Betriebsreglement sind im Kanton Zürich noch nicht erschöpft. Die Glatttalbahn ist der Feinverteiler von Wohngebieten, die dort entstehen sollen. Sie ist der Zubringer von Wohngebieten, die schliesslich irgendwo zwischen Alarmwerten und erhöhten Lärmwerten entstehen werden. Sie wollen also jetzt schon konkret Geld in die Projektierung und den Landerwerb pumpen, ohne dass das Volk die Diskussion über die Glatttalbahn abgeschlossen hat.

Meine Interessenbindung: Ich bin Angestellter des grössten Unternehmens im Zürcher Unterland, der SAir-Technic AG. Bei uns stehen schwerwiegende Entscheide an. Schade, dass Daniel Vischer nicht hier ist, er müsste das nämlich bestätigen. Da draussen passiert noch etwas. Schliesslich müssen wir vorausschauend planen und nicht Land erwerben und ganze Strassen neu bauen wegen einem Bahnprojekt,

von dem man nicht weiss, ob es entstehen wird. Ich weise darauf hin, dass die Strassen, die gebaut werden müssen, 60 bis 80 Millionen Franken kosten. Der Regierungsrat hat sich da noch nicht genau festgelegt. Er präsentiert laufend neue Zahlen. Das kommt dann auf den Strassenfonds zu. Ich weiss nicht, ob die FDP gut fährt, wenn sie nur 25 Millionen Franken in den Strassenfonds einschiessen will, wenn sie dies hier nicht sparen kann. Es geht in die Investitionsrechnung. Es wäre gut, wenn man das streichen würde.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Ich bin erstaunt, dass Adrian Bergmann diesen Antrag bringt, und zwar bevor wir überhaupt über Eintreten auf diese Vorlage gesprochen haben. Mit Ihrem Vorgehen werfen Sie der Glattalbahn Prügel zwischen die Räder. Sie wollen das prophylaktisch. Sie wollen die Vorlage jetzt schon belasten, bevor wir Argumente pro und kontra überhaupt austauschen konnten und bevor Sie von den Planenden seriös informiert worden sind.

Martin Bäumle hat diesmal Recht. Es geht hier um eine Nagelprobe. Es geht um die Substanz des öffentlichen Verkehrs und dessen weiteren Ausbau. Das ist das grösste Projekt in den nächsten 15 Jahren, das realisiert wird. Da wollen Sie jetzt den Start hinausschieben und glauben ernsthaft, sie würden dabei sparen. Das Gegenteil ist der Fall. Es werden massive Mehrkosten entstehen, wenn Sie jetzt die Planung unterbrechen. Das wissen Sie ganz genau. Es sind Vorarbeiten geleistet worden. Andere Vorarbeiten sind immer noch im Gang, und zwar vor allem bei den Gemeinden. Der Landerwerb ist ein kompliziertes Verfahren auch im Zusammenhang mit den Gemeinden. Sie blockieren vor allem eine Planung, die letztlich das Strassenwesen tangiert. Es sind nicht nur diese zwei Beispiele, die erwähnt worden sind. Ich erinnere zum Beispiel, dass im mittleren Glatttal ein integriertes Verkehrsmanagement dringend nötig ist. Das muss zwischen Strasse und Schiene abgestimmt werden. Dieser Antrag ist ein Signal, das im Gegensatz zu dem, was vorhin mit den 70 Millionen Franken gemacht worden ist, tatsächlich ein negatives Signal in Bezug auf den öffentlichen Verkehr darstellt. Das Beste wäre, Sie würden diesen Antrag zurückziehen und sagen, Sie würden dann in der KEVU kritische Voten einbringen, wenn wir über dieses Thema sprechen.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Lorenz Habicher, wenn Sie den Blick auf das Budget 2001 und die Ausgaben zurückwerfen, dann sind Sie ein Hinterwäldler. Inzwischen ist das Projekt vorangetrieben worden.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, zu dem für die Planung und Realisierung auch Taten folgen müssen. Wenn Sie sagen, der Flughafen oder die Flughafenentwicklung habe sich verlangsamt, dann kennen Sie die örtliche Situation wahrscheinlich nur von Ihrem Arbeitgeber her. Sie sehen dort einige Schrauben. Sie sehen aber nicht, was auf den Strassen rund um den Flughafen geschieht. Den Kollaps, Lorenz Habicher, haben wir beinahe schon jeden Tag. Wenn die Entwicklung auch nur langsam vorangeht, so können die Nationalstrassen dieses Volumen nicht mehr fassen. Wir, die dort wohnen, sind nicht bereit, einfach hinzunehmen, dass der Verkehr auf den Strassen jeden Tag zusammenbricht, auch wenn die Entwicklung nur langsam vorangeht. Die Gemeinden, das sind immerhin Kloten, Wallisellen, Dübendorf und auch die Stadt Zürich, haben hier eine breite Volksdiskussion geführt, auch wenn noch keine Volksabstimmung da ist. Der Wille der Bevölkerung ist klar vorhanden, dieses Projekt zu realisieren. Wenn die SVP meint, es sei ihr lieber, nun den Verkehr auf den Strassen zusammenbrechen zu lassen, dann ist das ihre Sache. Weit- und unsichtig sowie ökologisch ist das ganz sicher nicht. Lorenz Habicher, Sie machen eine kurzsichtige Politik. Sie können das als SAir-Technic-Angestellter machen. Sie haben das auch bei der Swissair oder der neuen Airline gemacht. Hier geht es wirklich – unabhängig von der Entwicklung, ob sie schnell oder langsam ist – um die Zukunft der Swiss. Wir wollen die Glattalbahn, weil wir nicht noch mehr Verkehr wollen. Wir wollen die Arbeitsplätze erschliessen, und zwar mit dem öffentlichen Verkehr.

Ich bitte Sie, den unqualifizierten Streichungsantrag nicht zu unterstützen.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Was wir hier von der SVP vor demonstriert erhalten, ist nichts anderes als der verzweifelte Versuch der SVP, dem Flughafen und der Swiss den Garaus zu machen, nachdem sie die Abstimmung verloren hat. Sie glaubt nämlich, dass die Glattalbahn als Zubringer zum Flughafen dient. Das haben Sie, Adrian Bergmann, vorhin ausführlich dargelegt. Sie unterliegen aber einem Grundlagenirrtum, Lorenz Habicher und Adrian Bergmann, denn der Sinn der Glattalbahn ist es nicht, dem Flughafen Passagiere hinzubringen, sonst würde sie nämlich Flughafenbahn heissen, sondern sie hat eine andere Funktion. Sie ist die Tangentialverbindung im mittleren Glatttal, weil dort die Strassen vollständig überfüllt sind, wie Ihnen das andere Vorredner bereits gesagt haben. Ich bitte Sie, künftig

solche Anträge, die – wenngleich fälschlich – gegen den Flughafen und die Swiss gerichtet sind, offen zu deklarieren.

Andreas Honegger (FDP, Zürich): Zur Straffung der Debatte: Es wäre schön, wenn Peter Stirnemann, Willy Germann, Peter Reinhard und auch Hartmuth Attenhofer nicht mehr gegen Anträge immer das Gleiche sagen würden, wenn man spätestens seit dem Votum von Martin Mossdorf weiss, dass sie sicher abgelehnt werden. Das würde die Debatte doch wesentlich straffen.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Es ist vorhin oft die Rede vom Spiel mit dem Feuer gewesen. Es gibt in der Feuerwehr ein altes Sprichwort, das Sie anwenden können, wenn Sie nicht mehr weiter wissen oder wenn Sie im Feuer drinstehen. Das Sprichwort lautet: Steh still und sammle dich. Das erwarten wir von der Regierung. Man sollte mal einen kleinen Marschhalt machen, die Lage neu beurteilen und dann wieder weitergehen. Es ist nicht so, dass wir den Willen der Bevölkerung völlig hinter uns haben. Hartmuth Attenhofer weiss ganz genau, wie Zürich-Nord über die Stadtbahn denkt. Sie müssen sich ein bisschen besser informieren, oder kommen Sie vielleicht einmal an eine unserer Veranstaltungen. Es gibt auch etwas zu essen und ein Bier für Sie. *(Heiterkeit)*

Kurt Schreiber, das mit dem Landerwerb ist wahrscheinlich keine einfache Sache. Wenn Sie die Thurgauerstrasse nehmen, die beim Hallenstadion anfängt und bei Opfikon aufhört, und mit allen Landeigentümern sprechen, dann werden Sie auf die Welt kommen. Es ist schon heute klar absehbar, dass es sehr viele Landeigentümer geben wird, die bis vor Bundesgericht gehen wollen. Da sollte sich der Kanton überlegen, ob man dieses Spiel weiterziehen will. In der Stadt Zürich gibt es ein schönes Beispiel, das hiess einmal Ursula Koch.

Zur Verkehrsbelastung: Sie können sicher sein, dass die Glattalbahn den privaten, motorisierten Individualverkehr auch künftig weiter behindern wird. Man müsste vielleicht mit dem Spruch «Steh still und sammle dich» wieder einmal die Frage stellen: Haben wir wirklich das richtige System gewählt? Wäre heute eine moderne Alternative auch möglich? Wir verlangen von der Regierung ein neues Überdenken und eventuell die Schaffung einer neuen Entscheidungsgrundlage.

Adrian Bergmann (SVP, Meilen): Peter Stirnemann und Willy Ger-
mann, Sie wollen – das ist eigentlich erschreckend – Geld ausgeben
und ein Projekt vorantreiben, das noch nicht demokratisch abgese-
gnet ist. Sie müssen keine Angst haben, ich werde in der Kommission ent-
sprechend kritische Voten einbringen.

Zu Hartmuth Attenhofer, der uns unterstellt, wir würden die Flugge-
sellschaft und den Flughafen nicht unterstützen: Ich erinnere Sie da-
ran, dass wir die Vorgänge vor dem Grounding der Swissair sehr kri-
tisch begleitet und entsprechend kritisiert haben. Die SVP steht nach
wie vor zum Flughafen und zur neuen Fluggesellschaft.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Die Argumente, die ich jetzt gehört ha-
be – bei allem Verständnis für die budgetpolitische Situation –, sind
zum grossen Teil in der Sache nicht richtig, auch wenn man die politi-
sche Beurteilung an einem technischen Projekt ansetzen will.

Adrian Bergmann und Lorenz Habicher, Sie haben die Kreditvorlage
gar nicht studiert oder vielleicht nicht verstanden. Wir haben in der
Regierung, Hansueli Züllig, vorgedacht. Wir sind nicht hintendran
und müssen keinen Spritzenhalt machen, um uns hier klar zu werden.
Wir haben eine neue Etappierungsvorlage vorgebracht, die genau die-
se finanziellen Aspekte, wie wir sie aus der Regierung heraus für die
nächste Zeit beurteilen, mit berücksichtigt. Wir haben uns auch nicht
auf den Flughafen ausgerichtet, sondern haben gesagt, dass die erste
Etappierung bis Aubrugg gehen soll. Dies zu den Fakten.

Es ist natürlich bedenklich, wenn man aus rein finanztechnischen
Überlegungen Projekte stoppen will, die schon seit einem halben Jahr-
zehnt im Gang sind, um dann nachher mehr zahlen zu müssen. Hans-
ueli Züllig, wenn Sie vom schwierigen Landerwerb sprechen, dann
wollen Sie zuerst fünf Jahre warten, um nachher noch fünf Jahre lang
Landerwerb tätigen zu wollen. So können Sie das Projekt erst in zehn
Jahren realisieren. Das widerspricht dem Prinzip, das Sie in Ihrem Vo-
tum abgegeben haben. Sie müssen sofort anfangen und jetzt mit der
Projektierung weiterfahren. Es wäre von mir aus gesehen eine Fehlbe-
urteilung, wenn man dem Kürzungsantrag zustimmen würde.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Adrian Bergmann, Hans Badertscher, Ernst Brunner, Lorenz Habicher, Laurenz Styger (KEVU) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KEVU gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Adrian Bergmann mit 102 : 40 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 15'440'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2603, Fonds für Vergütungen an private Arbeitsbeschaffung

Konto 2604, Fonds für den Flughafen

Konto 2606, Waldfonds

Konto 2609, Wildschadenfonds

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2634, Landschaft und Natur (Globalbudget)

Antrag der WAK und der FIKO

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung: Verbesserung Fr. 3'000'000

Der Anstieg des internen Kontos 3180, Entschädigungen Dienstleistungen Dritter, gegenüber dem Vorjahr für Studien, Beratungen, Projektextertisen und Fremdarbeiten wird als zu hoch angesehen. Hier besteht ein Sparpotenzial.

Fredi Binder (SVP, Knonau), Referent der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Ich begründe kurz, weshalb die WAK diesen Antrag gestellt hat. Die WAK hat sich sehr gründlich mit den Budgetgrundlagen, die uns zur Verfügung gestanden sind, auseinander gesetzt. Wir haben festgestellt, dass im Konto 3180 die Ausgaben gemäss unseren Detailunterlagen in der Rechnung 2000 rund 2 Millionen Franken, im Budget 2001 rund 6 Millionen Franken und im diesjährigen Budget gut 7 Millionen Franken betragen haben. Wir haben uns von den Verantwortlichen während einer ganzen Sitzung informieren lassen, warum diese enorme Kostensteigerung resultiert ist. Wir haben herausgefunden, dass man lichte Wälder projektieren will. Wir sind zur Auffassung gelangt, dass es mit dem «Lothar», der wirklich rund 1'100 Hektaren Wald im Kanton Zürich zu lichten Wäldern

gemacht hat, nicht nötig ist, jetzt noch lichte Wälder zu planen oder dass diese Planung im Sinne des Naturschutzgesamtkonzepts zumindest auf spätere Jahre verschoben werden kann. Dadurch kann man wirklich einen Sparbeitrag zu diesem Budget bringen.

Wir haben zudem auch, um die Lotharschäden zu reduzieren, im Dezember 1,5 Millionen Franken bewilligt. Wenn Sie dann die Netto-rechnung machen, sind es noch rund 1,5 Millionen Franken, die wir sparen, indem wir die Planung der lichten Wälder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Ich hoffe, dass wir nicht noch zwei Stunden lang eine Natur- und Landwirtschaftsdebatte führen werden. Ich bin gerne bereit, in den weiteren Debatten auf dieses Thema zurückzukommen, sofern die linke Seite das als wichtig erachtet. Im Sinne der Effizienz glaube ich, dass wir diese Debatten innerhalb der WAK sehr ausführlich geführt haben. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, dass wir nicht noch eine zweistündige Debatte über Naturschutz und Landwirtschaftspolitik im Kanton Zürich durchführen.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon), Referent der Finanzkommission: Eine Mehrheit der Finanzkommission hat sich ohne weitere Nachforschungen hinter den Antrag der WAK gestellt.

Regula Götsch Neukom (SP, Kloten): Die SP-Delegation in der WAK hatte zuerst Sympathie für diesen Antrag. Endlich hätten wir vielleicht einem Antrag zum Sparen zustimmen können, weil er nicht linear war und erst noch die eigene Klientel der SVP betraf. Man ist doch soweit gekommen, dass man nicht Halt macht bei den eigenen Leuten. Das war uns sympathisch. Dann hat uns der Chef des Amtes für Natur und Landschaft aber überzeugend darlegen können, wozu das Geld – ja, ich weiss, er ist in der SVP – gebraucht wird. Wir sind zur Überzeugung gelangt – es geht nicht nur um das eine Projekt «lichte Wälder» –, dass man das Geld, das zum Beispiel aus dem Natur- und Heimatschutzfonds verteilt wird, nicht einfach planlos und ohne den nötigen verwalterischen Aufwand verteilt.

Wir lehnen den Kürzungsantrag deshalb ab.

Lukas Briner (FDP, Uster): Erlauben Sie mir, dass ich mich als weit herum bekannter Spezialist für Landwirtschaftsfragen kurz zu diesem Antrag äussere, weil mich meine Fraktion damit beauftragt hat. Trotz

des Wunsches von Fredi Binder um Kürze wird er es mir nicht verübeln, weil ich in seinem Sinn votiere.

Die FDP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Er ist substantiiert. Er ist differenziert und betrifft wirklich einen Teil des Budgets, der zum Kapitel «nice to have» gehört. Es ist sicher bedauerlich, wenn gewisse Dinge dann nicht schnell genug gemacht werden können. Hier lässt sich aber wirklich in bescheidenem Umfang sparen. Es macht den Braten nicht feiss und das Budget nicht schlank, aber es sinnvoll.

Peter Reinhard (EVP, Kloten): Die EVP-Fraktion wird dem Streichungsantrag nicht zustimmen. Neben der geforderten Kürzung von 3 Millionen Franken werden auch die Bundesbeiträge von 1,5 Millionen Franken, also insgesamt 4,5 Millionen Franken, nicht ausgegeben, die gemäss Rolf Gerber immerhin dazu führen, dass wir im Kanton Zürich den billigsten Umweltschutz betreiben können, der möglich ist. Wenn Sie Wälder lichter machen, dann ist das eine Massnahme, die tatsächlich flächenmässig relativ gross und wirksam ist. Wir haben hier ohnehin Nachholbedarf.

Der SVP muss man doch deutlich sagen, dass letztlich auch die Bauern die Empfänger dieses Geldes sind, weil sie meistens auch noch ein bisschen im Wald arbeiten. Damit nehme ich zur Kenntnis, dass Sie Ihren eigenen Bauern etwas streichen wollen. Das hätte mich eigentlich erstaunt und gefreut, aber es ist wohl logisch, dass Sie das jetzt wieder abstreiten und sagen, dieses Geld sei nur für Studien oder so etwas zu verwenden. Dem ist aber nicht so. Wir betreiben hier tatsächlich im Wald konkrete Arbeit und Umweltschutz, was wir unterstützen.

Ich habe bereits in der Kommission gesagt und sage es hier wieder: Wir haben im Zusammenhang mit «Lothar» und Waldschäden – ich weiss, da kommt die ganze Birkensache zur Diskussion – schon einmal 10 Millionen Franken diskutiert und bewilligt. Jetzt stehen schon wieder Gelder zur Diskussion. Ich habe Ihnen gesagt, dass man eigentlich im Rat einmal deutlich einen Streichungsantrag stellen müsste. Dann trifft es Ihre Klientel auch einmal konkret. Selbstverständlich sagen Sie dann, dass dies ein allgemeiner Auftrag ist, der nicht geleistet werden kann, wenn keine staatlichen Gelder kommen. Diese Begründung können neben den Bauern auch alle anderen für sich in Anspruch nehmen. Darum sage ich das, was ich auch in der Kommission gesagt habe: Eigentlich sollten Sie als Bauer wieder einmal die Ärmel

hochkrepeln und selber Hand anlegen, ohne staatliche Subventionen.

Fredi Binder (SVP, Knonau): Ich stelle eine Gehässigkeit von der anderen Seite richtig. Wir in der Landwirtschaft krepeln unsere Ärmel hoch. Wenn Sie sehen, welchen Veränderungsprozess die zürcherische und vor allem die schweizerische Landwirtschaft durchmacht, Peter Reinhard, sollten Sie vielleicht mal aus Ihrer engeren Umgebung in die Landschaft rausgehen. Dann sehen Sie, dass in der Landwirtschaft sehr viel in Bewegung ist und dass sich in den nächsten Jahren noch sehr viel verändern wird, nicht nur zum Nutzen der übrigen Gesellschaft, wahrscheinlich auch zum Schaden der ganzen Gesellschaft.

Regierungsrat Ruedi Jeker: Fredi Binder hat den Streichungsantrag von 3 Millionen Franken ein wenig verkürzt wiedergegeben. Das Projekt «lichte Wälder» hat eine Grössenordnung von 0,4 Millionen Franken. Es geht nicht darum, dass man 3 Millionen Franken sparen könnte, wenn man dieses Projekt auf die Seite stellen würde.

Der Rest geht echt in die Leistungen der Bauernschaft, der Förster und der Gemeinden. Zwei Drittel dieser 3 Millionen Franken, die Sie sparen wollen, werden in diesem Jahr dann direkt bei diesen Leistungsträgern für Naturschutzleistungen abgehen.

Dies, damit Sie wissen, was diese 3 Millionen Franken beinhalten. Es geht nicht darum, dass man die Verwaltung strafen kann. Es sind nur 5 Prozent Verwaltungsgebühren, die wir dabei haben. Es geht auch nicht um die Ökobüros, sondern wirklich um die täglichen Leistungen der Bauern- und der Försterschaft vor Ort.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag nicht zu genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag der WAK und der FIKO wird dem Antrag der Regierung gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag der Regierung mit 88 : 66 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 61'404'100.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2660, Wirtschaft und Arbeit (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

25 Finanzdirektion

- Konto 2500, Generalsekretariat (Globalbudget)*
Konto 2501, Fonds für gemeinnützige Zwecke (Globalbudget)
Konto 2502, Gemeinnütziger Hilfsfonds (Globalbudget)
Konto 2510, Finanzverwaltung (Globalbudget)
Konto 2513, Liegenschaftengeschäfte (Globalbudget)
Konto 2514, Vermögensverwaltung (Globalbudget)
Konto 2540, Steuern (Globalbudget)
Konto 2550, Personal (Globalbudget)
Konto 2570, Informatikplanung (Globalbudget)
Konto 2580, Drucksachen und Material (Globalbudget)
Konto 2595, Steuererträge (Globalbudget)
Konto 2596, Regalien und Verrechnungssteuern (Globalbudget)
Konto 2597, Kapital- und Zinsendienst Staat (Globalbudget)
Konto 2598, Buchgewinne/-verluste Liegenschaftengeschäfte (Globalbudget)
Konto 2599, Verrechnete Zinsen (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

29 Bildungsdirektion

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Die KBIK hat sich sehr intensiv mit dem Voranschlag der Bildungsdirektion befasst und sich in vertiefenden Subkommissionsgesprächen äusserst detailliert von den zuständigen Finanz- und Amtsverantwortlichen informieren lassen. Richtschnur war bei allen Gesprächen der Leitfaden der Finanzkommission mit Blick auf die folgenschweren Veränderungen im Budget 2002 zu den Vorjahresbudgets.

Ich fasse kurz zusammen. Der Gesamtanstieg des kantonalen Budgets beträgt 8,5 Prozent. Die Bildungsdirektion verzeichnet einen Anstieg ihres Budgets um 7,6 Prozent. Darin sind die Übernahme der Gesundheitsschulen von der Gesundheitsdirektion im Umfang von 63 Millionen Franken oder 3,3 Prozent des gesamten Budgetanstiegs der Bil-

dungsdirektion inbegriffen. 4,7 Prozent des Gesamtanstiegs beanspruchen die vom Kantonsrat beschlossenen Lohnverbesserungen aller Art. Ergo schliesst die Bildungsdirektion mit einem um 0,4 Prozent tieferen Budget ab als im Voranschlag 2001.

Anschaulicher noch ist der Zehnjahresvergleich. Hat die kantonale Rechnung in den vergangenen zehn Jahren um 40,4 Prozent, oder teuerungsbereinigt um 27 Prozent zugenommen, so liegt die Zunahme im Bildungsbereich lediglich bei 7,4 Prozent. Im gleichen Zeitraum hat aber die Zahl aller Lernenden auf allen Bildungsstufen um 8,4 Prozent zugenommen. Selbstverständlich ist dabei zu berücksichtigen, wie viele und oft fast undurchschaubare Verschiebungen innerhalb der kantonalen Rechnung dazu noch vorgenommen worden sind.

Der Personalzuwachs wurde besonders unter die Lupe genommen. Er beträgt gesamtdirectional 12,7 Stellen ohne zusätzliche Lehrkräfte infolge Schülerzahlenanstiegs, wovon 9,2 Stellen Übernahmen infolge Amtsverschiebungen sind. Die kommissionsintern beantragten Kürzungen wurden wissend – und nun auch öffentlich bekannt – um die nicht Spitzenstellung des Zürcher Bildungswesens abgelehnt. Wir haben die Kürzungsanträge der Finanzkommission sehr genau geprüft, sind doch alle ausnahmslos dieser angesprochenen Konti auch in unseren Subgruppen bereits als erklärungsnotwendig bezeichnet worden. Alle Anträge sind abgelehnt worden.

Die von der Bildungsdirektion vorgenommenen Reduktionen sind für einige Bildungsstufen äusserst schmerzhaft. In Anbetracht der kantonalen Finanzlage haben wir aber auch die Aufstockungsanträge von KBIK-Mitgliedern, denen diese Schmerzgrenze eindeutig überschritten war, abgelehnt. Wir unterstützen kommissionsintern lediglich die beiden Anträge zur Informatikausbildung.

Wir bitten Sie, den Voranschlag der Bildungsdirektion zu genehmigen und dabei vor allem daran zu denken, dass aufgrund der neuesten Erkenntnisse und der enormen wirtschaftlichen Bedeutung des Denkplatzes Zürich und auch der Schweiz die Bildungsausgaben in Zukunft wesentlich erhöht werden müssen. Die Bildungsdirektion selber tut gut daran, wenn sie ihre Aufwendungen priorisiert, strafft und das Kostengebaren der einzelnen Amtsstellen sehr genau prüft. Wir wollen das auch tun.

Ich bitte Sie, den Anträgen stattzugeben.

Konto 2900, Generalsekretariat

Konto 2902 Fonds für die Teilverlegung der Universität

Konto 2904 Verwaltung Hauptaufgabengebiet Volksschulamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2905, Verwaltung Hauptaufgabengebiet Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Konto 2905.3010 Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 6'678'100

neu: Fr. - 6'428'100

Verbesserung: Fr. 250'000

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich möchte auf die Worte meines Vorredners der KBIK nicht eingehen, sondern halte fest, dass Regierungsrat Christian Huber gestern in der renommierten Neuen Zürcher Zeitung gesagt hat, dass fast alle im Voranschlag 2002 verantwortlichen Faktoren nicht beeinflussbar sind. Für mich trifft das nicht zu. Wenn ich dieses Amt «Verwaltung Hauptaufgabengebiet Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA)» anschau, war es unsere Idee, bei diesem Amt etwas zu kürzen. Wir konnten nicht linear kürzen, sondern wir mussten die einzelnen Positionen hervorheben.

Nun weiss ich nicht, wie das der Präsident handhaben will. Es kommen jetzt verschiedene Punkte. Soll ich zu jedem mein Votum abgeben, oder soll ich das etwas zusammenfassen?

Wenn ich hier auf die erste Position eingehe, dann können wir sagen, diese Position sei Bestandteil des MBA. Wir haben letzten Herbst eine stolze Hochglanzbroschüre bekommen. Das Amt hat heute 110 Mitarbeiter. Offensichtlich hat eine Konzentration und ein Wachstum stattgefunden. Die Löhne haben sich in dieser Zeit im Gegensatz zu dem, was Oskar Bachmann gesagt hat, von 5,3 auf 6,6 Millionen Franken erhöht. Das sind schlanke 25 Prozent. Nun können Sie sagen, klar das würden wir alles brauchen. Das sei selbstverständlich. In diesen Positionen, wenn man sie sorgfältig prüft, sind auch die Berufsschulinpektoren, die wir selbstverständlich haben müssen. Diese stellen aber

nur den kleinsten Teil dar. Das andere sind alles Leute, die in irgendwelchen Projekten drin sind. Ich würde es auch schätzen, eine voll bezahlte Stelle zu haben und immer von einem Projekt zum anderen zu gehen. Ob die Effizienz dieser Projekte und Arbeiten überhaupt geprüft wird und ob Regierungsrat Ernst Buschor mit seiner vielschichtigen Tätigkeit auch noch Zeit hat, Einblick zu nehmen, das ist tatsächlich eine offene Frage. Hier sind wir auf etwas gestossen, wo man wirklich kürzen kann, und zwar diese verschiedenen Positionen.

Es ist also im Grunde genommen eine grosse Stabsstelle, die sich vielfach mit sich selbst beschäftigt. Ich greife auf etwas sehr Altes zurück, nämlich auf die Gemeinkostenwertanalyse, die seinerzeit McKinsey gebracht hat. Dort stellte man Folgendes fest: Wenn jemand einen Bericht schreiben muss, dann muss dieser am anderen Ort nicht nur gelesen, sondern wieder abgelegt werden. Das ist eine übertriebene Administration. Wenn zu viele Leute in EDV-Projekten arbeiten, dann kostet das einfach. Ich nehme hier voraus, dass dies ein Punkt ist, bei dem man selbstverständlich kürzen könnte. Man könnte die ganze Angelegenheit unter die Lupe nehmen.

Schule ist sehr wichtig, aber man kann auch mit weniger Geld eine gute Schule machen. Zu einer guten Schule gehören der Idealismus und das Engagement der Lehrkräfte. Das ist schon seit Pestalozzi so. Wir machen keine besonders gute Schule nur mit sehr viel Bürokratismus. Ich unterstelle unserem Bildungsdirektor, dass er einen Hang zum Zentralismus hat und möglichst viel in irgendein einzelnes Amt einbringt. Dann ist die Rechnung überhaupt nicht transparent. Es braucht dann sehr viel Scharfsinn, dass man das Ganze überhaupt überblicken beziehungsweise gar analysieren kann.

Aus diesem Grund beantrage ich Ihnen, im Konto 3010 diese Kürzung von 250'000 Franken vorzunehmen. Die Gehälter sind 6,8 Millionen Franken. Das wäre durchaus verkraftbar.

Soweit die Begründung dieses ersten Antrags. Vielleicht, Herr Präsident, sagen Sie mir, wie ich die anderen effizient begründen soll. Ich bin sehr stark für die Rationalisierung.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Ich werde Antrag um Antrag durchberaten, bin aber auch für Effizienz und Kürze in der Sache.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Ich nehme lediglich zum ersten Punkt der Kürzungsanträge bei den Gehältern Stellung.

Die Zunahme der 800'000 Franken teilt sich auf in 484'000 Franken durch Dienstaltersgeschenke und Lohnverbesserungen, die hier im Kantonsrat beschlossen worden sind. Die restlichen 340'000 Franken beziehen sich auf die Übernahme der Gesundheitsschulen. Es hat also überhaupt nichts mit Steigerungen zu tun. Ich bitte Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag abzulehnen.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission: Bei der Bildungsdirektion fehlen die Anträge der SVP auf lineare Kürzungen aus den Sachkommissionen. Dies wurde dann von den SVP-Mitgliedern der Finanzkommission nachgeholt. Die Finanzkommission hat diese Anträge der Bildungsdirektion zur Stellungnahme vorgelegt. Die Folgen dieser Kürzungen wären ganz klar untragbar. Das Konto 2905, über das wir jetzt sprechen, ist ein NRM-Budget (Neues Rechnungsmodell). Deshalb mussten die 1 Million Franken, sprich die Kürzung um 7 Prozent, auf verschiedene Konti umgelegt werden. Sie sehen, dass lineare Kürzungen bei Globalbudgets rein rechnerisch sehr viel leichter zu bewerkstelligen sind. Man kann dort nämlich lediglich eine Zahl kürzen. Bei den NRM-Budgets braucht es eine Vielzahl von Kürzungen bei diversen Konti.

Ich mache hier den Versuch, diese Debatte etwas zu verkürzen. Ich werde mich zu den linearen Kürzungen im Weiteren nicht mehr äussern. Regierungsrat Ernst Buschor wird dann im Einzelnen kurz materiell Stellung nehmen.

Chantal Galladé (SP, Winterthur): Wenn Theo Toggweiler als Referent für Bildungsfragen der Finanzkommission ein einziges Mal an unseren Sitzungen zum Budget teilgenommen hätte, dann müsste ihm jetzt nicht sein Fraktionskollege, Oskar Bachmann, erklären, wie sich diese Kosten zusammensetzen und wir kämen schneller vorwärts.

Brigitta Johner-Gähwiler (FDP, Urdorf): Die FDP nimmt zu den nachfolgenden Kürzungsanträgen zu den Konti 3010 bis 3911 der Finanzkommission-Minderheit aus Effizienzgründen gesamthaft Stellung.

Wir sind bei all diesen Anträgen der Meinung, dass Kürzungen in den erwähnten Bereichen – diese betreffen hauptsächlich die Schulen des Gesundheitswesens sowie die Bildungsentwicklung in Mittelschule und Berufsbildung – unsinnig sind. Es handelt sich hier offensichtlich um lineare Kürzungen.

Angesichts des fortgeschrittenen Jahresverlaufs ist die Wirksamkeit vor allem bei den Personaleinsparungen, wo entsprechende Fristen einzuhalten sind, nicht gegeben. Es fehlen im Übrigen klare, sachliche Hinweise auf die konkreten Auswirkungen der vorgeschlagenen Kürzungen, vor allem dort, wo die Ausgaben teilweise mit vielen anderen Budgetkosten verknüpft sind, zum Beispiel im Informatikbereich.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Minderheitsanträge ab.

Yvonne Eugster-Wick (CVP, Männedorf): Der Einfachheit halber nehme ich mit meinem Votum Stellung zu allen Toggweiler'schen Minderheitsanträgen.

Alle Jahre wieder, Theo Toggweiler, bringen Sie solch unsinnige Minderheitsanträge im Bildungsbereich. Ich weiss nicht, was Ihre Motivation dazu ist. Ich frage mich, ob Sie tatsächlich im Bildungsbudget ein Sparpotenzial orten, ob Sie gegen eine zeitgemässe, gute Bildung sind oder ganz einfach, ob Sie der Bildungsdirektion eins auswischen wollen. Sei es, wie es wolle. Die CVP-Fraktion wird alle Ihre Minderheitsanträge ablehnen.

Die Kosten der Bildung explodieren nicht, obschon Sie, Theo Toggweiler, immer wieder das Gegenteil behaupten. Oskar Bachmann hat es bereits gesagt, die Aufwandssteigerung im Bildungsbereich ist im Vergleich mit anderen Direktionen gering. Sie ist nur zu einem kleinen Teil hausgemacht. Sie entsteht hauptsächlich durch die Übernahme der Krankenpflegeschulen, durch die Zunahme der Schülerzahlen, durch Zunahme der Lohnsumme und die höheren Arbeitgeberbeiträge in die Beamtenversicherungskasse. Wenn Sie, Theo Toggweiler, im Mittel- und Hochschulbereich lineare Kürzungen von 7 bis 8 Prozent verlangen, machen Sie es sich sehr leicht. Lineare Kürzungen sind kein taugliches Sparinstrument. Sie sind kurzsichtig und gefährlich. Die Folgen sind grössere Klassen, Abbau der Fächervielfalt, Reduktion des Informatikangebots, Entlassung von Lehrpersonen sowie Verhinderung der Pädagogischen Hochschule. Das wollen wir nicht.

Die CVP-Fraktion will keine Verschlechterung der Schulqualität und lehnt deshalb diese Minderheitsanträge ab. Tun Sie dasselbe.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Im Sinne der Effizienz spreche auch ich zu all diesen Anträgen, dem ganzen Toggweiler'schen Kürzungskarussell. Wir lehnen sie ab.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Wir haben in der KBIK alle Toggweiler'schen Sparanträge geprüft und sie unsinnig gefunden. Die EVP lehnt alle ab.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Es ist mir eine Pflicht, einiges zurückzuweisen. Chantal Galladé, ich bin Mitglied der Finanzkommission. Aus beruflichen Gründen kann ich am Dienstag nicht in die Bildungskommission kommen. Es ist aber nicht nötig, ich erhalte nämlich andererseits viel mehr Informationen und stehe jetzt auch unter dem Eindruck, dass die Vorredner – inklusive Oskar Bachmann – das detaillierte Budget weder gelesen noch studiert haben. Wenn ich sage, ich würde hier die Löhne kürzen, dann sind das nicht die Lehrerlöhne, sondern – lesen Sie doch richtig – es sind die Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Das sind tatsächlich die Stabsstellen, wenn Sie wissen, was Stabsstellen sind, Esther Guyer. Das haben Sie wahrscheinlich bei Ihnen in der Kindergartenkommission nicht.

Ich entgegne Yvonne Eugster, welches meine Motivation ist: Ich bin seit frühester Berufstätigkeit als Handelslehrer tätig. Ich habe einige Tausend Erwachsene in Controlling ausgebildet. Ich setze mich als Betriebswirtschafter immer mit solchen Fragen auseinander. Eine sehr gute Erfahrung waren mir die 16 Jahre Schulpflege in der Kreisschulpflege Zürichberg. Das sind doch fachliche Voraussetzungen, die von Ihnen offensichtlich auf die Seite gewischt werden.

Hier steckt ein Sparpotenzial drin. Hier könnte man Verbesserungen machen. Ich komme nicht mehr in Ihre Kommission, weil mich Esther Guyer dort einfach auslacht. Das ist jetzt ganz etwas Persönliches. Sachlich möchte ich sagen, dass man hier etwas unternehmen sollte. In dieser Position sind keine Löhne vom Gesundheitswesen drin oder von der Gesundheitsschule, sondern das ist eine rein planende Stelle, die auch sehr viel Geld für Beratungen, Dienstleistungen Dritter und so weiter ausgibt. Es sind 1,9 Millionen Franken, ohne dass wir ein

Detail bekommen. Ich habe bereits solche Erfahrungen in unserer Sonderkommission für die Universität gemacht, in der wir auch detaillierter hineingesehen haben.

Das Problem mit der KBIK ist vielmehr, dass viele Mitglieder dieser Fachkommission mit der Schule verbunden und verbandelt sind und dass es Berater für pädagogische Fragen darunter hat. Es hat möglicherweise Softwarelieferanten in bestimmten Fraktionen. Dann verstehe ich, dass man da nicht kürzen will. Es ist aber meine Pflicht als gewählter Kantonsrat, mich mit diesen Fragen auseinander zu setzen. Deshalb bringe ich dies. Viele Ratsmitglieder, die die fachliche Voraussetzung nicht haben, brauchen etwas mehr Zeit für den Lernprozess. Es ist meine Aufgabe, Ihnen dies immer wieder sehr sachlich näher zu bringen.

Nun gehe ich auf die weiteren Positionen kurz ein. Sie haben hier die Zahlen für Lehrmittel für Unterricht und Forschung, die Hard- und Software – das ist nicht für die Schüler, sondern für die Stabsstellen –, Miete und Pacht von Liegenschaften, Informatik-Nutzungsaufwand sowie Dienstleistungen Dritter. Wenn Regierungsrat Ernst Buschor schnell einen Auftrag für 250'000 Franken vergibt, damit abgeklärt wird, wie man jetzt die Mittel- und Berufsschullehrer wegen ihrer Stundenverpflichtung zusammenbringt, dann sehen Sie das nicht. Sie haben überhaupt keine Transparenz. Also haben die Damen und Herren der KBIK das gar nicht geprüft.

Das wäre so das Wichtigste. Es zeigt sich halt – ich verweise auf ein Beispiel beim Hausbau –, wenn Sie Personal haben und einen grossen Haushalt auf tun, dann haben Sie am Schluss nicht nur einen Koch, sondern Sie brauchen viel Personal und am Schluss einen Koch nur für das Personal. So mag es in der Verwaltung gehen. (*Grosse Unruhe im Saal; der Sprechende wird vom Präsidenten unterbrochen.*)

Ratspräsident Martin Bornhauser: Auch wenn Sie nicht gleicher Meinung wie Theo Toggweiler sind, hat er das Recht zu sprechen. Sie haben zuzuhören. Ich bitte Sie darum.

Regierungsrat Ernst Buschor: Ich fasse mich kurz. Wir verwalten Tausende von Lehrverträgen. Wir begleiten über 60 Schulen, auch Mittelschulen in diesem Amt. Wir fördern die Teilautonomie dieser Schulen. Wir sparen im Übrigen auch mit diesem Stab. Ich weise darauf hin, dass wir den mittleren Schülerbestand bei den gewerblichen

Schülern dank Massnahmen aus diesem Stab um zwei bis vier Schüler im Durchschnitt gesteigert haben, was unter anderem eine Einsparung von 10 bis 20 Prozent je nach Bereich bei den Schulen bringt. Allerdings muss ich sagen, dass wir gleichzeitig die Berufsmittelschule II eingeführt haben, was wieder rund 4 Millionen Franken kostet. Wir sind daran, Einführungskurse im kaufmännischen Bereich einzuführen. Auch das kostet. Die Gewinne gehen also teilweise wieder in Investitionen über. Wenn wir bei diesem Amt sind: Wir haben im Zeitraum 1995 bis heute bei den Mittelschulen rund 45 Millionen Franken gespart. Stichworte: Maturitätsdauerverkürzung, grössere Klassen, Freifächerkonzentration. Auch das sind rund 15 Prozent der Mittelschulaufwendungen. Dies nur zur Rechtfertigung des Stabs.

In der Volksschule war dies nicht möglich, weil der Anteil der Fremdsprachigen konstant wächst. Immerhin können Sie im KEF nachlesen, dass die Produktivität der Lehrmittelbeschaffung hoch ist. Wir schaffen sie nämlich bis zu 100 Prozent günstiger als das günstigste Angebot aus privater Quelle. Auch das sind Einsparungen.

Was das Budget betrifft möchte ich unterstreichen, dass wir an den Anträgen der Regierung festhalten. Wir nehmen in Kauf, dass die Informatikoffensive aus finanziellen, nicht aus pädagogischen Gründen zeitlich verzögert wird. Wir leben mit relativ schlechten Betreuungsverhältnissen an der Universität und bleiben damit bei den gleichen Werten. Wir sind – das muss ich hier nicht mehr im Detail darlegen – immer noch der Meinung, dass die Mindestversorgertaxen erhöht werden sollten, wie wir das auch im Rahmen des Postulats diskutiert haben.

Ich danke der KBIK für die gute Zusammenarbeit und ersuche Sie um Zustimmung zu den Anträgen der Regierung.

Ernst Züst (SVP, Horgen): Ich wollte eigentlich als Koreferent von Theo Toggweiler zuerst zu seinem Punkt Stellung nehmen. Ich lese bezüglich der Zahlenreihe aus der Pressemitteilung der FDP Zürich im Internet vor. Da heisst es: «Die Bildungsausgaben im Kanton Zürich betragen einen Viertel des Gesamtbudgets. Sie sind in den letzten fünf Jahren um zwei Drittel gewachsen.» Das zur Tatsache. Ich nehme an, dass die FDP die Zahlen studiert hat. Wir haben die Zahlenreihe von Oskar Bachmann und die Ausführungen von Theo Toggweiler gehört. Es ist Tatsache, dass die Bildungsausgaben einen wesentlichen Bestandteil ausmachen. Die Finanzkommissionsmitglieder, die den Antrag von Theo Toggweiler mit unterstützen, sind von der Idee der line-

aren Kürzungen auch hinter diese Positionen gegangen und haben gesagt, irgendwoher, wenn wir 300 Millionen Franken sparen wollen, muss auch dieser Teil des Budgets der Bildung einen gewissen Beitrag leisten.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Theo Toggweiler mit 94 : 38 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 6'678'100.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2905.3106 Lehrmittel für Unterricht und Forschung

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 1'607'000

neu: Fr. - 1'457'000

Verbesserung: Fr. 150'000

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich greife hier kurz ein, da ich den Erläuterungen von Bildungsdirektor Ernst Buschor aufmerksam zugehört habe. Ich möchte gerne eine Rechnung der HSG (Hochschule St. Gallen) präsentiert haben, wie man Lehrmittel mit bis zu 100 Prozent günstiger als das günstigste Angebot anschaffen kann. Ich möchte den Preis wissen, was die kosten.

Regierungsrat Ernst Buschor: Sie haben die Antwort auf Seite 269 des KEF.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Theo Toggweiler mit 95 : 37 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 1'607'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2905.3113 Laufende Anschaffung von Hard- und Software (bis Fr. 100'000)

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 84'000

neu: Fr. - 54'000

Verbesserung: Fr. 30'000

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Theo Toggweiler mit 92 : 40 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 84'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2905.3160 Miete und Pacht von Liegenschaften

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 817'000

neu: Fr. - 767'000

Verbesserung: Fr. 50'000

Konto 2905.3162 Informatik-Nutzungsaufwand

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 800'000

neu: Fr. - 760'000

Verbesserung: Fr. 40'000

11410

Konto 2905.3180 Entschädigung für Dienstleistungen Dritter

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 1'906'000

neu: Fr. - 1'656'000

Verbesserung: Fr. 250'000

Konto 2905.3900 Vergütung an die KDMZ für Büromaterial, Druck- und Buchbinderarbeiten

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 258'000

neu: Fr. - 228'000

Verbesserung: Fr. 30'000

Konto 2905.3911 Vergütung an Informatik-Abteilungen

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 280'000

neu: Fr. - 80'000

Verbesserung: Fr. 200'000

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Es geht mir vor allem darum, dass das, was ich gesagt habe, im Protokoll festgehalten ist. Wir wissen nicht, wann es einmal eine neue Besetzung der Bildungsdirektion gibt. Es wäre durchaus möglich, dass es dann grosse Änderungen gibt. Aus diesen Gründen und aus Effizienzgründen

ziehe ich die weiteren Anträge zu dieser Position zurück,

damit wir nicht für jede aufstehen müssen. Das war nicht meine Absicht, sondern dies hat das Kantonsratsgesetz so vorgesehen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die Minderheitsanträge 30a bis 34a sind zurückgezogen.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2906, Verwaltung Hauptaufgabengebiet Hochschulamt

Konto 2910, Lehrmittelverlag (Globalbudget)

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2920, Volksschulen

Verbesserung Netto-Personalkosten

Gehälter Lehrkräfte: Konti 3020.100, 3020.200, 3020.300

Sozialleistungen Lehrkräfte: Konti 3030, 3031, 3040, 3050

Rückerstattungen von Gemeinden: Konti 4520.100, 4520.200

Minderheitsantrag Michel Baumgartner, Jean-Jacques Bertschi, Brigitta Johner (KBIK)

alt: Fr. - 317'395'000

neu: Fr. - 313'395'000

Verbesserung: Fr. 4'000'000

Der Rotationsgewinn war in den letzten Jahren immer erheblich (ca. 5 %). Die Kürzung um 4 Millionen Franken (1,26 %) sollte ohne weiteres zu verantworten sein.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Die FDP beantragt Ihnen, beim Konto Gehälter für die Volksschullehrkräfte 4 Millionen Franken zu streichen. Das sind 1,26 Prozent. Usanzgemäss haben Sie bei den Freisinnigen eine Begründung zugute.

Diesen Antrag müssen Sie im Zusammenhang mit der Aufstockung, also der Vermehrung der Kosten bei der Informatik in den Berufs- und Mittelschulen sehen. Wir sind überzeugt, dass wir dort etwas tun sollten und haben nach Möglichkeiten gesucht, den Saldoausgleich nicht zu verletzen. Wir haben eine Lösung gefunden. Es geht hier nicht darum, die Löhne zu kürzen, sondern das Lohnkonto. Das Lohnkonto war in den vergangenen Jahren eindeutig zu hoch budgetiert. Es blieb jeweils ein so genannter Rotationsgewinn von etwa 5 Prozent. Damit

erachten wir es als wahrscheinlich, auch wenn diesmal konservativer budgetiert worden ist, dass die 1,26 Prozent verkraftet werden können. Man hätte auch 5 Prozent kürzen können in der Hoffnung, dann etwa dort zu liegen, wo wir sollten. Wir denken also bei einer realistischen Betrachtung des Budgets sei dies ein vernünftiger Antrag. Natürlich hat es Unschärfen beim Budgetieren der Löhne. Es ist aber zu sagen, dass sich diese Unschärfen in den vergangenen Jahren immer relativ happig zu Gunsten von Minderausgaben ausgewirkt haben.

Deshalb beantragen wir die Kürzung um 4 Millionen Franken. Sie ist machbar und liegt im Bereich der Schätzung, wie uns auch die Verwaltung selber bestätigt hat.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Ich muss Ihnen erklären, was Rotationsgewinne sind. Durch das Ausscheiden von älteren Lehrkräften in höheren Lohnstufen und das Eintreten von jüngeren Lehrkräften in tiefere Lohnstufen entsteht ein Rotationsgewinn. Es gibt aber kein Konto «Rotationsgewinne», sondern es gibt nur ein Konto «Gehälter der Lehrkräfte». Es ist illusorisch, davon zu sprechen, wir würden einfach die 4 Millionen Franken bei der Informatikausbildung aufstocken und bei den Rotationsgewinnen diese Summe wieder einnehmen. Die Rotationsgewinne sind ein Polster, das die Bildungsdirektion hat, um im ganzen riesigen Gehälterkuchen eine Manipulationsmasse zu haben. Jetzt kann man schon sagen, man würde ein bisschen wegstreichen. Das ist etwas Schönfärberei.

Deshalb hat die Mehrheit der KBIK den Antrag abgelehnt, insbesondere weil sie ehrlicherweise 12 Millionen Franken beantragen müssten, weil die Gemeinden mit betroffen sind und ihren Anteil auch davon haben müssten.

Wir bitten Sie, dieser Verbesserung nicht zuzustimmen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Dieser Vorschlag ist wirklich nicht seriös. Wer sagt uns denn, dass wir in diesem Jahr die Rotationsgewinne auch tatsächlich erzielen? Dass dies die letzten Jahre so war, stimmt. Die Situation hat sich aber wesentlich verändert. Die wirtschaftliche Lage hat sich geändert. Viele Kündigungen wird es dieses Jahr nicht geben. Vor allem ältere Lehrer sind auf dem wirtschaftlichen Markt nicht mehr gefragt. Sie werden bleiben. Sie werden sich das sehr gut überlegen. Der Arbeitsmarkt hat sich verändert und mit dem Schreckensbild des Lehrermangels lässt sich nur noch wenig Stimmung machen. Was die Freisinnigen da wollen, ist nur Budgetkosmetik. Die

Löhne müssen bezahlt werden. Alles, das wir riskieren, ist eine Budgetüberschreitung.

Zu solchen Spielen bieten wir nicht Hand. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Werner Scherrer (EVP, Uster): Der vorliegende Antrag der FDP beruht auf der spekulativen Annahme, durch viele austretende Lehrkräfte mit hohem Dienstalter würden beachtliche Rotationsgewinne erzielt. Die Bildungsdirektion ihrerseits sieht keine solche Entwicklung und ist deshalb nicht bereit, 4 Millionen Franken für Rotationsgewinne einzusetzen. Die ganze Übung riecht nach einer Spardemonstration und entspricht nicht einer seriösen Budgetierung. Letztlich wird es darauf hinauslaufen, dass für die Löhne der Lehrkräfte zusammen mit dem Gemeindeanteil 12 Millionen Franken weniger zur Verfügung stehen würden. Dies könnte unter Umständen bedeuten, dass für die Ausrichtung von Leistungskomponenten weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Ich bitte Sie namens der EVP, den Minderheitsantrag abzulehnen.

Regina Bapst-Herzog (SP, Zürich): Der Kürzungsantrag der FDP ist wirklich ein reiner Budgetkosmetikantrag, um das Gesicht zu wahren, wenn dann die nachfolgenden Budgetaufstockungsanträge behandelt werden. Man kann nicht sicher sein, ob es nachher wieder so grosse Rotationsgewinne in dieser Kasse hat. Das ist reine Spekulation. Viel besser als zu kürzen wäre es, falls überhaupt die Gewinne zunehmen würden, diese Gelder wieder vermehrt für das Lehrpersonal einzusetzen. Ich denke vor allem an die «Forneck-Studie», an die Arbeitszeitstudie der Lehrkräfte. Es braucht noch genug Geld für spezielle Leistungen der Lehrkräfte, wie es dort vorgeschlagen wird.

Die SP lehnt diesen Antrag ab.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Michel Baumgartner, Jean-Jacques Bertsch und Brigitta Johner (KBIK) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Michel Baumgartner mit 76 : 68 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 317'395'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

11414

Konto 2930, Mittelschulen (Globalbudget)

Antrag der FIKO und der KBIK

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, Verschlechterung: Fr. 1'700'000

Die Stärkung der pädagogischen Informatik soll weitergeführt werden können.

Eine umfassende Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Informatikverantwortlichen muss gewährleistet sein.

Die im Budget vorgesehene Reduktion des Projektkredits (Kto. 2930.70.3106.115, siehe auch KEF-Projekt 115-1) hat in der Mittelschule einen Qualitätsabbau zur Folge. Der früher eingestellte Betrag für das Jahr 2002 von 3,9 Millionen Franken wurde im Verlauf des Budgetprozesses um 2,3 Millionen Franken gekürzt. Für die verbleibenden neun Monate des Kalenderjahres soll dieser Betrag anteilmässig wieder aufgestockt werden, das heisst um 1,7 Millionen Franken.

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 332'056'700

neu: Fr. - 308'656'700

Saldoverbesserung: Fr. 23'400'000

Lineare Kürzung um 7 %

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Es sind drei Kürzungsanträge bei den Mittelschulen, weil es wiederum drei verschiedene Konti betrifft.

Eine Frage an Regierungsrat Ernst Buschor: Ich habe das Globalbudget vor mir. Wir können dort beispielsweise sehen, dass die Gesamtkosten pro Schüler im Jahr 1998 von 17'000 Franken auf 23'000 angestiegen sind, währenddem uns vor fünf Minuten Regierungsrat Ernst Buschor gesagt hat, dass es gelungen sei, mit der Mittelschulverkürzung die Kosten um 15 Prozent zu senken. Jetzt weiss ich nicht, was man eigentlich glauben soll.

Ich kommentiere kurz das Budget – nicht die Zahlen: Lesen Sie mal die Leistungen, die vorgegeben sind, also wie das Ganze gemessen wird, und wie das Betreuungsverhältnis ist. Wir haben das Recht, dass wir zu wissen bekommen, welche Leistung da erbracht werden muss.

Sie sehen bei der Effektivität die Zielsetzung, dass man die Schüler zwei Jahre, nachdem sie ausgetreten sind, befragt, wie es ihnen gefallen hat. Das ist dann die Leistungsmessung. Bei der Ausbildungsqualität hat es nur Striche.

Dieses Budget, wie es dargestellt ist, erfüllt die Anforderung der Verordnung über das Globalbudget überhaupt nicht. Wir haben ein Globalbudget. Es ist nicht transparent. Die Leistungskriterien sind nicht eingehalten. Von einer Kostenrechnung habe ich auch nichts gehört.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Das Globalbudget der Mittelschulen beträgt 351 Millionen Franken. 268 Millionen Franken oder 76 Prozent davon sind Personalkosten. 22 Millionen Franken oder 6 Prozent sind kalkulierte Abschreibungen und andere Leistungen. 15 Millionen Franken oder 4 Prozent sind baulicher Unterhalt der Mittelschulen. Zum Schluss bleiben 49 Millionen Franken für Sachausgaben. Wenn Sie von diesen 49 Millionen Franken 23,2 Millionen Franken, also praktisch die Hälfte, sparen wollen, dann können Sie die Schulen ebensogut schliessen.

Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Theo Toggweiler hat soeben den Antrag 36a zurückgezogen. Es bleibt somit der Antrag der KBIK und der Finanzkommission.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Antrag der KBIK und der FIKO wird dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der KBIK und der FIKO mit 92 : 42 Stimmen zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 333'756'700.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2932, Schulen im Gesundheitswesen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

11416

Konto 2935, Berufs- und Berufsmittelschulen

Konto 2935.3106 Lehrmittel für Unterricht und Forschung

Antrag der FIKO und der KBIK

alt: Fr. - 11'526'000

neu: Fr. - 13'826'000

Verschlechterung: Fr. 2'300'000

Die Stärkung der pädagogischen Informatik soll weitergeführt werden können. Eine umfassende Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Informatikverantwortlichen muss gewährleistet sein. Die im Budget vorgesehene Reduktion des Projektkredits (Kto. 2635.70.3106.115, siehe auch KEF-Projekt 115-2) hat in den Berufs- und Berufsmittelschulen einen Qualitätsabbau zur Folge. Der früher eingestellte Betrag für das Jahr 2002 von 4 Millionen Franken wurde im Verlauf des Budgetprozesses um 3 Millionen Franken gekürzt. Für die verbleibenden neun Monate des Kalenderjahres 2002 soll dieser Betrag anteilmässig wieder aufgestockt werden, das heisst um 2,3 Millionen Franken.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Antrag der FIKO und der KBIK wird dem Antrag des Regierungsrates gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der FIKO und der KBIK 97 : 42 Stimmen zu. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 13'826'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2935.4330 Kursgelder

Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer und Charles Spillmann (KBIK)

alt: Fr. 27'806'700

neu: Fr. 26'106'700

Verschlechterung: Fr. 1'700'000

Die Studiengebühren an kantonalen Bildungsinstitutionen sind sehr unterschiedlich, vor allem wird die berufliche Weiterbildung gegenüber der akademischen Ausbildung stark benachteiligt. Die Ausbildungsbeiträge sind eines der Mittel zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten im Bildungsbereich.

Es sollen die Gebühren für Ausbildungsangebote der beruflichen Weiterbildung nicht höher liegen als die Gebühren im Hochschulbereich.

Die qualifikationserweiternde Weiterbildung auf der tertiären Bildungsstufe ist zu fördern, dafür sind die notwendigen Mittel einzustellen.

Susanna Rusca Speck (SP, Zürich): Ich spreche zu den Anträgen 38a und 39a.

Bei diesen Konti geht es um Studiengebühren. Es sollen hier 3,6 Millionen Franken eingesetzt werden, damit eine Vereinheitlichung der Studiengebühren auf der Tertiärstufe angestrebt werden kann. Ziel ist es, die Studiengebühren an allen öffentlichen Schulen, für die ein Schulgeld erhoben wird, in den nächsten drei Jahren, also schrittweise, einzuführen. Der Budgetantrag ist ein erster Schritt zur Durchsetzung des überwiesenen Postulats Kantonsrats-Nummer 251/1997. Der Vorstoss ist mehrheitlich von der bürgerlichen Seite unterstützt und eingereicht worden. Schon im November 2001 zur Vorlage 3802, Studiengebühren, war die KBIK mit dem Bericht und Antrag der Regierung nicht einverstanden und hat deshalb einen Ergänzungsbericht verlangt.

Die Sozialdemokratische Fraktion und noch einige andere Ratsmitglieder haben die beantragte Abschreibung nicht unterstützt und angekündigt, im Rahmen der Beratung des Voranschlags entsprechende Anträge einzureichen.

Die Ausbildungsbeiträge sind eines der Mittel zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten im Bildungsbereich. Die qualifikationserweiternde Weiterbildung auf der Tertiärstufe der Bildungsstufe ist zu fördern. Es ist absolut stossend und nicht nachvollziehbar, weshalb die Gebührensätze bei einer Weiterbildung an einer höheren Fachschule nicht dieselben wie bei einem Nachdiplomstudium an einer Hoch- oder an einer Fachhochschule sind. Obwohl ein Projekt zur neuen Finanzierungsreform der Weiterbildung vorliegt, bewegt sich einfach nichts in diese Richtung. Das Vorhaben ist sogar von der Regierung bis 2006 zurückgestellt worden. Es ist klar, dass die effektive Durchsetzung

Änderungen der verschiedenen Kursgeldreglemente verlangt. Andererseits ist die Bereitstellung der entsprechenden Mittel notwendig.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, einen Schritt zu tun und im folgenden Budget einen Teil der effektiven Kosten, das sind jetzt insgesamt 3,7 Millionen Franken, bereitzustellen.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Sie erinnern sich sicher an die Diskussion des Kantonsrates zu dieser Vorlage vor einigen Monaten. Der Postulant, Hansjörg Schmid, sitzt unter uns. Er hat verlangt, dass diese Gebühren kostenneutral gesenkt oder gesteigert werden sollen. Das sollte man nicht vergessen. Deshalb hat die KBIK klar gesagt, es sei im Moment nicht möglich, die übrigen Bildungseinrichtungen und die Studiengebühren anzupassen. Es brauche eine sehr genaue und penible Strukturanalyse, wie man dahintergehen kann.

Deshalb finden wir es verfrüht, wenn heute Aufstockungsanträge gestellt werden. Ich bitte Sie, diese abzulehnen.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Ich spreche zu den Anträgen betreffend Studiengebühren.

Absolventinnen und Absolventen von höheren Fachschulen sind finanziell gesehen gegenüber den Studierenden an Fachhochschulen arg benachteiligt. So muss ein Absolvent einer Technikerschule für sein Teilzeitstudium fast viermal so viel Studiengebühren bezahlen wie ein Studierender an einer Fachhochschule. Eine Neuregelung mit einer Angleichung der Gebühren zwischen den Hochschulen einerseits und den höheren Fachschulen andererseits ist überfällig. Da politisch eine Anhebung der Semestergebühren an den Hochschulen kaum in Frage kommt, würde man 14 Millionen Franken benötigen, um einen vollständigen Ausgleich zu schaffen. Die Minderheitsanträge fordern nur einen Viertel dieses Betrags. Es geht also nur um eine Annäherung der Studiengebühren. Absolventinnen und Absolventen mit einem Abschluss an einer höheren Fachschule sind in der Wirtschaft sehr begehrt und decken zahlenmässig deren Bedarf nicht ab. Es ist also ein wertvoller Beitrag zur Wirtschaftsförderung, wenn die Ausbildung von Fachkräften vom Staat besser unterstützt wird.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der EVP-Fraktion, die beiden Minderheitsanträge zu unterstützen.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): So, wie die Mehrheit der KBIK das will, genau so geht es nicht. So zementieren wir diesen Missstand bis auf weiteres. Es geht nur so: Wir müssen hier Geld in die Hand nehmen und diese Ungerechtigkeit verändern. Wir können uns nicht dauernd drücken und jedes Jahr wieder neue Vorstösse machen, um dann zu sagen, es dürfe nichts kosten. Wir haben erlebt, wie die Studenten demonstrieren, wenn ihre Studiengebühren erhöht werden. Das ist eine Endlosdiskussion, die wir verlieren werden. Das ist schade. Wir sind dafür, dass wir hier eine Angleichung machen, und zwar möglichst schnell.

Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard): Ich bin etwas erstaunt über diesen Antrag, und zwar deshalb, weil er ganz klar Mehrausgaben fordert. Vor kaum zwei Monaten hat die Mehrheit der KBIK – alle, die bis jetzt gesprochen haben, gehören dieser Kommission an – den Ergänzungsbericht zur Abschreibung empfohlen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass diese Ungleichheit unschön ist, dass sie nicht fair ist und dass das Problem gelöst werden muss. Wir haben aber damals im Postulat gefordert, dass es ganz klar aufgrund der verschiedenen Schulen in einem fairen Verhältnis sein soll. Das schliesst die Kostenneutralität überhaupt nicht aus. Es wäre an der KBIK gewesen, hier eine Leistungsmotion in diese Richtung zu fordern. Mit dieser Teillösung ist das Problem aber nicht gelöst. Ich fordere nach wie vor die KBIK auf, das Problem an die Hand zu nehmen und kostenneutral eine Vorlage vorzubereiten, damit sie auch mehrheitsfähig ist.

Ich bitte Sie, diese halbe Lösung abzulehnen.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Ich kann Hansjörg Schmid beruhigen. Das Problem bleibt auf dem Tisch. Es ist eine Pendenz. Es ist eine unschöne Pendenz. Wir sind uns alle im Rat einig, dass die Studiengebühren der einzelnen Stufen vergleichbar sein sollen. Wir haben jetzt aber Edle und Unedle. Die Edlen sagen: Schütten wir diese Ungleichheit einfach sofort mit Geld zu, ohne weiter nachzudenken. Es gibt die Unedlen, die sagen, wir müssten den mühsamen Prozess gehen. Wir wollen eine Angleichung. Das kann allenfalls sogar bei den Studiengebühren zu Konsequenzen führen. Dann geht es aber vielleicht nur mittelfristig. Das ist der eine Weg, der mühsam ist. Der zweite Weg, von dem noch nicht gesprochen worden ist: Bei gewissen Segmenten gibt es auch Bundeseinflüsse.

Es ist so, dass es eine Pendenz ist. Sie bleibt auf dem Tisch. Wir wollen das Problem aber nicht einfach lösen, indem wir sagen, wir würden die günstigste Lösung für die Studierenden nehmen. Wir zahlen alles, was als Differenz bleibt und damit hätten wir das Problem vom Tisch. Das ist der Unterschied im Vorgehen.

Deshalb lehnen wir diese Aufstockung des Budgets ab.

Yvonne Eugster-Wick (CVP, Männedorf): Die unterschiedlichen Studiengebühren an den kantonalen Bildungsinstituten sind tatsächlich stossend. Darüber waren wir uns im Rat alle einig. Wir brauchen heute nicht die ganze Debatte vom Januar 2002 zu wiederholen.

Die Antragstellerinnen machen es sich jedoch zu einfach. Sie wollen alle Gebühren nach unten anpassen. Ob dies in der heutigen finanzpolitischen Situation vernünftig ist, ist zumindest fraglich. Wir haben vom Regierungsrat ein Gesamtkonzept mit konkreten Vorschlägen verlangt. Erst dann sollten wir entscheiden. Das Anliegen kommt heute zu früh.

Die CVP-Fraktion wird deshalb den Minderheitsantrag nicht unterstützen.

Susanna Rusca Speck (SP, Zürich): Leistungsmotionen, Hansjörg Schmid, kann man nur stellen, wenn das einem Globalbudget unterstellt ist. Das ist bei den Berufsschulen nicht so. Dieser Vorstoss kam von Ihnen selber. Da haben Sie noch keine Kostenneutralität gefordert. Jetzt, da Sie sparen wollen, verstehe ich das. Eigentlich müssten Sie das Anliegen jetzt unterstützen. Ich bitte Sie, sitzen zu bleiben.

Regierungsrat Ernst Buschor: In der Tat ist dies ein störender und nicht ganz gerechter Tatbestand, den wir kennen und der sicher mit der Zeit in irgendeiner Form behoben werden muss. Wir haben auch eine entsprechende Dokumentation in Aussicht gestellt. Wir werden das Thema in der KBIK also weiter behandeln.

Es ist so, man kann auch hier den Pelz nicht waschen kann, ohne dass er nass wird. Wenn wir diese Kostenneutralität erreichen müssen, ist dies wiederum eine Definitionsfrage. Ich habe auf die Einsparungen bei den Berufsschulen hingewiesen. Wenn wir aber gleichzeitig für 4 Millionen Franken eine BMS II ausbauen und die Einführungskurse für die kaufmännischen Berufe für 7 Millionen Franken realisieren

müssen, ist der grösste Teil möglicher kostenneutraler Kompensationen schon konsumiert – ausser man definiert das und braucht es anders. Aber dann führt es zu Mehrausgaben.

Wir werden die Sache in Angriff nehmen. Die Frage wird sich stellen, ob allenfalls zu Gunsten einzelner Gebühren andere Gebühren erhöht werden. Ganz lässt sich das Problem so nicht lösen.

Ich ersuche Sie, den Antrag abzulehnen. Wir werden die nötige Dokumentation zur Verfügung stellen, um das Problem doch anzugehen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer und Charles Spillmann (KBIK) wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck mit 89 : 61 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 27'806'700.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2936, Übrige Bildungseinrichtungen

Konto 2936.3650, Betriebsbeiträge an private Institutionen für Berufsschulen, Fachschulen und -kurse

Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer und Charles Spillmann (KBIK)

alt: Fr.- 80'317'000

neu: Fr.- 82'217'000

Verschlechterung: Fr. 1'900'000

Die Studiengebühren an private Institutionen für Berufsschulen, Fachschulen und Kurse sind sehr unterschiedlich, vor allem wird die berufliche Weiterbildung gegenüber der akademischen Ausbildung stark benachteiligt. Die Ausbildungsbeiträge sind eines der Mittel zum Ausgleich sozialer Ungleichheiten im Bildungsbereich.

Es sollen die Gebühren für Ausbildungsangebote der beruflichen Weiterbildung nicht höher liegen als die Gebühren im Hochschulbereich.

Die qualifikationserweiternde Weiterbildung auf der tertiären Bildungsstufe ist zu fördern, dafür sind die notwendigen Mittel einzustellen.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Wir haben bereits über dieses Konto gesprochen.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer und Charles Spillmann (KBIK) wird dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck mit 87 : 60 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 80'317'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2939, Lehraufsicht Mittelschul- und Berufsbildungsamt

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2942, Universität (Staats- und Bundesbeiträge)

Konto 2942.3630, Betriebsbeiträge an eigene Anstalten, Ämter und Betriebe

Minderheitsantrag Chantal Galladé, Regina Bapst, Esther Guyer, Susanna Rusca Speck, Charles Spillmann (KBIK)

alt: Fr. - 391'700'000

neu: Fr. - 403'700'000

Verschlechterung: Fr. 12'000'000

Der Universität wurden aufgrund der Überschüsse, die durch die bessere Bewirtschaftung erzielt wurden, 12 Millionen Franken gestrichen. Diese 12 Millionen Franken werden aber dringend zur Aufrechterhaltung der Betreuungsverhältnisse in der Zeit der Doppelmaturajahrgänge benötigt. Die Streichung hätte auch Konsequenzen für die Folgejahre, da auch der KEF entsprechend gekürzt würde.

Chantal Galladé (SP, Winterthur): Im Gegensatz zu Theo Toggweiler stelle ich meinen Antrag nicht für das Protokoll, sondern weil er notwendig ist.

Die Universität Zürich hat ein Problem. Das haben wir hier drin schon mehrmals, auch an Budgetdebatten und im Zusammenhang mit Leistungsmotionen diskutiert. In diesem Studienjahr hat es einen Rekord gegeben. Über 21'300 Studierende studieren neu an der Universität Zürich. Das sind mehr als erwartet. Die Verkürzung der Mittelschuldauer hat die doppelten Maturitätsjahrgänge zur Folge. Dies ist eine Folge davon. Wir haben die Verkürzung der Mittelschuldauer hier beschlossen. Es ist also nicht so, dass wir völlig davon überrascht worden sind. Es geht auch weiter so. Im Jahr 2002 werden 900 zusätzliche Studierende erwartet und in den zwei Folgejahren nochmals je 500 Studierende mehr.

Sie können sich vorstellen, was dies für Konsequenzen für die Universität Zürich hat. Die Qualität und die Betreuungsverhältnisse sind heute schon sehr schlecht. Nicht dass die Qualität überall schlecht ist, aber schlechte Betreuungsverhältnisse führen natürlich zu einer schlechten Qualität. Gar nicht davon zu sprechen, dass ich am Montag nicht zuletzt sehr gerne hier hinkomme, weil ich einen garantierten Sitzplatz habe, an der Uni dagegen immer am Boden sitze.

Wir haben das Problem erkannt. Wir haben hier drin eine Leistungsmotion verabschiedet, die besagt, dass die Betreuungsverhältnisse für die Jahre der Doppelmaturitätsjahrgänge erhalten bleiben sollen. Wir haben das im Kernauftrag des Globalbudgets verankert. Das ist der Wille dieses Parlaments. Dieser hat Konsequenzen. Wir können nicht diesen Auftrag verankern und dann das Geld für die Umsetzung nicht sprechen.

Die seit 1999 geschaffenen 311 Stellen reichen nicht, um den Status quo zu halten. Wir würden nochmals 14 Professuren und 40 Mittelbaustellen brauchen, um die ohnehin nicht besonders guten Betreuungsverhältnisse einigermaßen zu wahren. Zürich hat in vielen Studienrichtungen eines der schlechtesten, wenn nicht das schlechteste Betreuungsverhältnis. Das ist wahr, das kann man belegen. Die Politik darf sich da nicht aus der Verantwortung ziehen. Es nützt mir nichts, wenn jedes Jahr FDP und CVP zu diesem Antrag sagen: Ja, wir sehen das auch, das ist schlimm und tragisch, aber wir haben dieses Jahr das Geld nicht. Wir haben jedes Jahr das Geld nicht. Es geht darum, ob wir eine qualitativ gute Universität wollen oder ob wir nur sagen, wir wollten sie, aber das Geld dafür nicht sprechen.

Es kommt noch etwas dazu. Es war nie und ist nicht der Sinn von Globalbudgets, die Überschüsse eines Jahres einfach wegzustreichen. Das geht einfach nicht, sonst brauchen wir keine Globalbudgets. Dann haben Sie wieder das Dezemberfieber: Im Dezember verpulvern alle das Geld, weil sie nichts ins neue Jahr hinüber nehmen können. Das wollten wir genau nicht. Genau das ist jetzt mit der Universität Zürich gemacht worden. Es sind ihr 12 Millionen Franken einfach weggekürzt worden, weil sie noch nicht alle Stellen besetzen konnte, da dies nicht so schnell geht. Ausserdem hat diese Kürzung Folgen im KEF für die nächsten Jahre. Die Uni hat dieses Jahr 411 Millionen Franken budgetiert. Dieser Betrag wurde ihr auf 390,9 Millionen Franken gekürzt. Das hat zur Folge, dass sie im nächsten Jahr statt die geforderten 438 Millionen Franken oder die allermindestens notwendigen 413 Millionen Franken nur 397,8 Millionen Franken erhalten wird. Dieser Entscheid hat also auch Konsequenzen für die Folgejahre. Sie verschlechtern die Universität auf Jahre hinaus, wenn Sie unseren Antrag ablehnen. Wenn Sie eine gute Uni wollen, dann genügen die schönen Worte einfach nicht. Die Leistungsmotion genügt auch nicht. Sie müssen jetzt diesem Antrag zustimmen.

Sagen Sie deshalb Ja zu diesem Aufstockungsantrag, der der Uni das zurückgibt, was ihr vom Globalbudget abgeschränkt worden ist. So verfährt man nicht mit Globalbudgets.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Wir haben ausserordentlich Verständnis für die sehr heikle und umstrittene Finanzlage der Universität Zürich. Wir möchten gerne der Universität Zürich mehr Gelder zukommen lassen. Wir müssen es in der Zukunft auch tun.

Wir haben aber mit der Universität lange gesprochen und die Angelegenheit sehr intensiv geprüft. Es sind der Universität zwei Budgetreduktionen zugemutet worden. Die Universitätsleitung hat nun gesagt, wenn sie diese 391 Millionen Franken erhält, dann könnte sie es schaffen. Wir sind bereit, in der jetzigen Lage diese Situation zu begreifen und die Betreuungsverhältnisse so zu gestalten, dass sie machbar sind. Sie sind nicht gut, aber sie sind machbar.

Dies gilt es jetzt zu respektieren, wenn die Universität dazu Stellung nimmt und darauf hinweist, dass sie es gestalten kann. Es gilt aber auch anzuerkennen, dass die gesteckten Beitragsrahmen der kommenden Jahre unbedingt gewährt werden müssen, um die Ziele, die wir der Universität mit den Betreuungsverhältnissen gesteckt haben, ermöglichen zu können. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Theo Toggweiler (SVP, Zürich), Referent der Finanzkommission: Wir sind der Meinung, die Universität habe soweit genügend Geld. Es ist an sich nur falsch verteilt. Immer ist am Schluss wieder etwas übrig aus Rücklagen oder für die Forschung. Wir haben letztes Jahr eine Spezialkommission «Oberaufsicht über die Universität» gehabt. Wir haben viele Fragen sehr ernst geprüft.

Die Universität hat ein Globalbudget. In der Verordnung dazu wird eine Kosten-Leistungsrechnung verlangt. Diese hat die Universität noch nicht. Die führende Universität der Schweiz und Europas, auch in Wirtschaftswissenschaften – sie hat ein eigenes Institut für Controlling – bringt es nicht fertig, eine adäquate Kosten-Leistungsrechnung einzuführen. Dann, müsste man sagen, ist es nicht möglich; die Universität muss sich selbst arrangieren. Diese Dinge müssen als erstes in Ordnung gebracht werden.

Deshalb lehne ich diesen Antrag ab.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Nur Verständnis auszusprechen, das genügt hier nicht. Wenn jemand gut arbeitet und Rücklagen bildet, sollte man nachher nicht einfach hingehen und den Staatsbeitrag kürzen. Wir schaffen hier eine Planungsunsicherheit, die die Arbeit erschwert. Vor allem nehmen wir damit jeden Anreiz, um intelligent zu arbeiten. Das dürfen wir nicht tun.

Die Betreuungsverhältnisse sind in einigen Bereichen immer noch miserabel und müssen dringend verbessert werden. Das wissen wir. Das ist nicht bestritten. Es wäre besser gewesen, die Uni hätte das Geld für neue Stellen sofort ausgegeben, anstatt Rücklagen zu sammeln. Ein aber immer noch umständliches und langwieriges Berufungsverfahren lässt eine schnellere und effizientere Handlungsweise offenbar nicht zu. Nun aber, statt hier Verbesserungen anzustreben, geht die Unileitung lieber an die Presse und droht uns trotzig, sollte man den Staatsbeitrag kürzen, könne sie halt nichts mehr für die Studierenden tun. Es ist so, der Rektor macht da ziemlich widersprüchliche Botschaften. Er hat in der KBIK gesagt, es gehe so. In der Presse sagt er etwas anderes. Das ist nicht sehr vornehm. Es ist schlechter Stil. Nachdem die Unileitung in den letzten Jahren Teile der Rücklagen für die Exzellenzförderung verwendet hat, ist unser Vertrauen angeknackst, das muss auch ich zugeben.

Die 12 Millionen Franken müssen wir aber wirklich sprechen. Die Uni muss sie voll und ganz für die Studierenden einsetzen und nicht für ihre Sonderwünsche. Das verlangen wir klar. So viel Vertrauen müssen

wir haben. Für uns gilt aber noch etwas: Stimmen wir diesem Antrag zu, denn spätestens seit dem letzten Wochenende wissen wir, wer in der Bildung sparen will, den bestraft der Wähler.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Ich glaube der logische Zusammenhang war nicht so offensichtlich, Esther Guyer.

Chantal Galladé darf natürlich als Studentin mit Feuer das Budget der Universität nicht nur verteidigen, sondern auch anheben wollen. Das ist richtig so.

Als Bildungspolitiker muss ich aber fairnesshalber auch mit den anderen Bildungsstufen vergleichen, was wir mit diesen Bildungsstufen machen. Ich muss fairnesshalber sogar den Auftrag der Regierung konsultieren. Die Regierung hat ein mehrheitsfähiges Budget zu erarbeiten. Sie hat tatsächlich – ich meine auch pädagogisch sehr unglücklich – Kreditreste gekürzt, das heisst Rücklagen, die die Universität als Alleinunternehmerin bilden konnte, ihr im neuen Budget zu zwei Dritteln wieder weggenommen. Das ist unglücklich. Andererseits – fairnesshalber gegenüber dem Regierungsrat – hätte er die 12 Millionen Franken sonst irgendwo holen müssen. Gespart hätte werden müssen, wenn man ein Budget abliefern will, das angenommen werden kann.

Die anderen Bildungsstufen sind bezüglich dieser Kreditreste gleich behandelt worden – so gut oder so ungut diese Übung ist –: die Fachhochschulen, die Universität und die Mittelschulen, alle, die ein Globalbudget haben.

Zum Geld: Es ist nicht gesagt worden, man kürze der Universität dauernd das Geld. Das ist doch gar nicht der Fall. Der Kantonsbeitrag steigt immerhin von 372 Millionen auf 391 Millionen Franken. Das sind 5 Prozent. Insgesamt steigt das Budget der Universität mit allen anderen, die beitragen, von 623 auf 646 Millionen Franken. Das sind 6,5 Prozent. Man kann also wirklich sagen, die Universität bekomme nicht weniger, sondern mehr. Sie hat auch neue Aufgaben. Mit diesen Beträgen kann sie, das ist versichert worden, die Betreuungsverhältnisse halten. Natürlich, da sind wir uns alle einig, könnte sie mit mehr Geld mehr machen. Dann müssten wir fairerweise bei den anderen Bildungsstufen gleich verfahren. Das würde das Budget, das ohnehin angespannt ist, erheblich ausweiten. Deshalb denke ich, dass bei allen guten Ansätzen, die auch an der Uni wirklich greifen, auch beim guten Kontakt, welchen die Bildungskommission zu allen Stufen der Universität hat, wir in den sauren Apfel beissen und diese Haltestrategie aus Gründen der Fairness und der Gleichbehandlung im Bildungsw-

sen weiter verfolgen müssen. Wir können halten. Wir können im Moment nicht verbessern. Das macht uns alle nicht glücklich, aber es ist das Gebot der Stunde, dass wir mit allen gleich verfahren.

Hansjörg Schmid (SVP, Dinhard): Ich bin doch recht erstaunt über das Votum von Esther Guyer. Für Chantal Galladé habe ich noch einiges Verständnis. Da wollen Sie doch sage und schreibe mehr Geld ausgeben, als die Uni wirklich brauchen kann. Bereits letztes Jahr war sie nicht in der Lage, alles Geld aufzubreuchen, das ihr zur Verfügung gestanden hat.

Wenn die Betreuungsverhältnisse aufgrund der doppelten Maturajahrgänge im Moment ein Problem sind – das haben wir zur Genüge diskutiert –, dann wäre die Ausgabe mindestens zu befristen.

Weiter muss man einmal hinterfragen, warum eigentlich an der Universität so viele Studierende sind. Nämlich, weil die Universität Zürich nach wie vor gute Arbeit leistet und beliebt ist. Das ist der Grund, warum so viele Studenten nach Zürich kommen. Also kann es gar nicht so schlimm sein.

Es gäbe aber auch noch eine andere Möglichkeit, zu Geld zu kommen. Da komme ich auf das Traktandum von vorhin zurück. Man könnte die Studiengebühren etwas erhöhen. Dann wäre ein grosser Teil des Problems gelöst.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Nur einen Satz zum Patriarchen und Bildungspolitiker, Jean-Jacques Bertschi: Chantal Galladé ist nicht nur Studentin, sondern auch Bildungspolitikerin wie Sie.

Zu Hansjörg Schmid: Es macht wirklich keine Freude, die Unileitung zu verteidigen. Da haben Sie Recht. Wenn Sie an die Uni gehen, werden Sie sehen, dass sie die Aufgaben nicht gemacht hat und dass sie das Geld einsetzen muss, und zwar für die Studierenden. Da passiert zu wenig. Dafür setze ich mich ein.

Regierungsrat Ernst Buschor: Ich verschweige nicht, dass die Betreuungsverhältnisse an der Universität auch uns Sorgen bereiten. Es ist so, dass sie teilweise kritisch sind. Sie sind aber insgesamt noch vertretbar. Es ist so, dass die Studierendenzahl stärker wächst, als ursprünglich geplant. Wenn das so weiter geht, dann werden wir Mass-

nahmen ergreifen müssen. Wir können die Betreuungsverhältnisse jetzt knapp halten. Wir wollen es dabei belassen, auch aus den Gründen, die dargelegt worden sind.

Die Universität hat im letzten Jahr das Budget nicht nur ausgeschöpft, sondern sogar leicht überzogen. Sie setzt nun die Mittel tatsächlich zur Bewältigung dieser Probleme ein. Bei dieser Sachlage, so schwer es fällt, bin ich für Zustimmung zum Antrag der Regierung. Ich ersuche Sie, auf die Erhöhung zu verzichten.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Minderheitsantrag Chantal Galladé, Regina Bapst, Esther Guyer, Susanna Rusca Speck und Charles Spillmann (KBIK) wird dem Antrag des Regierungsrat, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Chantal Galladé mit 99 : 55 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 391'700'000.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2943, Sonstige universitäre Leistungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2946, Fachhochschulen und Höhere Fachschulen (Staats- und Bundesbeiträge

(Die Minderheitsanträge haben Auswirkungen auf das Globalbudget 9700 Zürcher Fachhochschulen)

Konto 2946.3630 Betriebsbeiträge an eigene Anstalten, Ämter und Betriebe

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 153'158'000

neu: Fr. - 148'158'000

Verbesserung: Fr. 5'000'000

Konto 2946.3640 Betriebsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 33'730'000

neu: Fr. - 32'730'000

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Konto 2946.3650 Betriebsbeiträge an private Institutionen und Unternehmungen

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

alt: Fr. - 37'568'000

neu: Fr. - 36'568'000

Verbesserung: Fr. 1'000'000

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Das, was uns die Regierung als Budget für die Zürcher Fachhochschule vorlegt, ist meiner Meinung nach ungenügend. Es erfüllt die Anforderungen der Verordnung für Globalbudgets nicht.

Regierungsrat Ernst Buschor – ich werde es unter Kollegen etwas jovial sagen –, wenn Sie dies in einem Doktorandenseminar in St. Gallen, wo ich auch war, präsentieren würden, dann kämen Sie sehr stark unter Beschuss. Das Problem ist, dass die Fachhochschule ein Konglomerat von vielen Schulen ist. Sie sehen dies meinen Anträgen an, es gibt nämlich Beiträge an eigene Betriebe und Anstalten. Es gibt Beiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen und noch an private. Von den Restformen gibt es über Anstalten, Stiftungen bis Vereine. Das ist ungenügend. Wir haben da überhaupt keine Transparenz. Das ist nicht das, was die Schöpfer des New Public Managements wollten, dass der Kantonsrat ein Budget beeinflussen könnte. Sie sehen daraus überhaupt nichts. Ich verstehe deshalb die Zustimmung der KBIK überhaupt nicht. Ich muss annehmen, dass sie es gar nicht gelesen hat.

Zur Sache: Eine Kostentransparenz haben wir nicht. Eine Kosten-Leistungsrechnung haben wir auch nicht. Es sind so viele verschiedene Unternehmen, die da tätig sind. Regierungsrat Ernst Buschor und ich haben mal eine Diskussion gehabt. Er ist zu uns in die Finanzkommission gekommen. Als dann gerügt worden ist, es gäbe keine Kosten-Leistungsrechnung bei verschiedenen Institutionen, sagte er kühl: Dann ändern wir halt die Verordnung. Das ist nicht das, was wir wollen. Wir können da wirklich einen echten Mangel ausmachen. Dieser muss von unserer Seite aus beanstandet werden. Leistungsziele für irgendeine Schule haben wir nicht. Es sind recht unterschiedliche Schulen, wo Schüler voll- oder teilamtlich lernen. Es sind die HWV, das Technikum, die Dolmetscherschule, die Pädagogische Hochschule und wahrscheinlich ist das Pestalozzianum auch noch drin. Das habe ich in der Rechnung nicht mehr gefunden.

Aus diesem Grund beantragen wir Ihnen eine Kürzung. Sie sollen mit dem Geld effizienter umgehen und bessere Globalbudgets und Rechnungen präsentieren.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Wir haben das Budget der Fachhochschule wohl gelesen, Theo Toggweiler. Wir haben uns zusätzlich damit sehr intensiv auseinandergesetzt und uns auch erklären lassen, wie es – das geben wir zu – in diesem Konglomerat von Fachhochschulen überhaupt möglich ist, eine saubere Rechnung zu erstellen. Es mag sein, dass darin gewisse Mängel behaftet sind, die man nun angehen muss.

Sie wissen, die Zürcher Fachhochschule als Ganzes ist im Entstehen begriffen. Sie hat ein Budget mit 314 Millionen Franken. Davon sind eigene Fachhochschulen 243 Millionen Franken, gemischtwirtschaftliche 34 Millionen Franken und private 38 Millionen Franken. Sie sehen daraus, dass in diesem Zusammenwirken zur Fachhochschule Zürich noch ausserordentlich viel zu tun ist. Es wäre aber gerade in dieser Startphase sehr fatal, wenn wir hier allzu fest den Sparhebel ansetzen würden. Es ist jetzt schon so, dass durch die Investitionsbremse in Winterthur die Schülerzahlen in den Bereichen Musik und Gestaltung nicht vollumfänglich angenommen werden können. Es hat zu einem versteckten Numerus clausus geführt, was wir auf die Länge einfach nicht tolerieren oder noch auf andere Fachhochschulbereich übergreifen lassen können. Es ist eine Steigerung von 5 Millionen Franken. Allein die Pädagogische Hochschule hatte Startbedingungen von 7 Millionen Franken. Die müssen wir ihr jetzt geben. Wenn wir genau

diese 7 Millionen Franken nun streichen, dann müssten wir eigentlich die ganze pädagogische Fachschule sofort aufs Eis legen. Das wollen Sie nach einer Volksabstimmung und nach einer regen Diskussion hier drin in den letzten Wochen wahrscheinlich auch nicht.

Ich bitte Sie also, den Minderheitsanträgen nicht zuzustimmen.

Michel Baumgartner (FDP, Rafz): Die FDP lehnt alle drei Anträge von Theo Toggweiler ohne weiteren Kommentar ab.

Charles Spillmann (SP, Ottenbach): Die SP-Fraktion lehnt alle drei Kürzungsanträge ab.

Regierungsrat Ernst Buschor: Theo Toggweiler, gerade die Fachhochschulen haben ein Kostenrechnungssystem, das übrigens an der Fachhochschule Zürich für nationale Zwecke entwickelt worden ist. Ich habe Ihnen Listen, Graphiken und Tabellen über die einzelnen Studiengänge schon gegeben. Ich gebe Ihnen das gerne noch einmal. Wir haben das.

Bitte lehnen Sie die Anträge ab.

Abstimmung zu Konto 2946.3630

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Theo Toggweiler mit 105 : 33 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 153'158'000.

Abstimmung zu Konto 2946.3640

Der Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig und Ernst Züst (FIKO) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Theo Toggweiler mit 104 : 33 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 33'730'000.

Ratspräsident Martin Bornhauser: Der Minderheitsantrag zu Konto 2946.3650 ist soeben zurückgezogen worden.

11432

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2960, Jugend und Berufsberatung (Globalbudget)

Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer, Charles Spillmann (KBIK)

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 134'815'700

neu: Fr. - 139'815'000

Verschlechterung: Fr. 5'000'000

Das dringliche Postulat Ruth Gurny Cassee/Jürg Leuthold vom 27. November 2001 verlangt, die Mindestversorgertaxen, die ab 1. Januar 2002 in subventionierten Heimen und Sonderschulen zur Anwendung gelangen sollen, auf dem Stand von 2001 zu belassen.

Die infolge Lohnanpassungs- und Teuerungseinflüssen erhöhten Kostgelder dürfen nicht über die Versorger-Taxerhöhungen auf die Schul- oder die politischen Gemeinden abgewälzt werden.

Minderheitsantrag Theo Toggweiler, Werner Bosshard, Hansueli Züllig, Ernst Züst (FIKO)

Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 135'815'700

neu: Fr. - 124'030'700

Saldoverbesserung: Fr. 10'785'000

Lineare Kürzung um 8 %

Theo Toggweiler (SVP, Zürich): Ich lehne den Minderheitsantrag von Susanna Rusca Speck ab und ziehe meinen Antrag zurück.

Susanna Rusca Speck (SP, Zürich): Dieser Antrag ist die Folge des dringlichen Postulats Ruth Gurny/Jürg Leuthold, das die Rücknahme der Verfügung verlangt. Das Postulat ist einstimmig überwiesen worden. Der Kanton will den Gemeinden höhere Ansätze pro Aufenthaltstag der Kinder und Jugendlichen in einem Heim verrechnen. Die Erhöhung der so genannten Mindestversorgertaxen ist einzig eine kantonale Sparmassnahme, eine kurzfristige und unvernünftige Massnahme. Vor allem in kleinen und finanzschwachen Gemeinden führt

diese Verschiebung zu unerwünschten Folgen. Einweisende Behörden werden aus finanziellen Gründen sozial- und pädagogisch indizierte Heimeinweisungen nicht oder erst spät veranlassen. Das aber kommt mit Sicherheit bereits innert kürzester Frist teurer zu stehen. Eine Platzierung eines Kindes oder eines Jugendlichen in Heimen zur richtigen Zeit darf nicht aus finanziellen Gründen scheitern.

Daneben ist zu beachten, dass das neue Finanzierungsmodell für Heimplatzierung jetzt mit dem *wif!-31*-Projekt erprobt wird. Warten wir doch die Resultate ab. Bis dann sind aber die erforderlichen Mittel im folgenden Budget bereitzustellen.

Ich bitte Sie dringend, dem Budgetaufstockungsantrag zuzustimmen.

Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf): Die Anhebung der Mindestversorgertaxen in Heimen und Sonderschulen müsste ohne Aufstockung des Kantonsbeitrags auf die Gemeinden überwältigt werden. Dies dürfte dazu führen, dass dringend notwendige Heimeinweisungen oder Sonderschulungen in finanzschwächeren Gemeinden in vielen Fällen hinausgezögert oder gar unterlassen würden. Bei der Diskussion des dringlichen Postulats Ruth Gurny/Jürg Leuthold vor ein paar Monaten war der Rat mehrheitlich der Auffassung, der Kanton habe in dieser Frage finanziell eine Pflicht zu übernehmen und die Gemeinden seien nicht zusätzlich zu belasten.

Ich bitte Sie deshalb, die zusätzlichen 5 Millionen Franken zu bewilligen.

Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a. A.): Inhaltlich stimme ich mit Susanna Rusca zu 95 Prozent überein. Es ging bei dieser Vorlage darum zu verhindern, dass der Kanton einmal mehr eine Sparübung zu Lasten der Gemeinden verursacht – eine Sparvorlage, die wir nicht unterstützen können. Nun haben Sie das grösste Budget, das wir heute Abend durchberaten. Die 5 Millionen Franken müssen irgendwo anders eingespart werden. Wir verlangen aber, dass das Postulat vollumfänglich durchgeführt und eingehalten wird.

Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a. A.): Die Freisinnigen haben der Überweisung des dringlichen Postulats seinerzeit bei der Dringlichkeit nicht zugestimmt und bei der Überweisung sind wir sitzen geblieben. Wir sind jetzt gegen die Verschlechterung des Budgets um 5 Millionen Franken. Wir sind uns einig, dass der 26. Oktober 2001

als Termin für eine massive Erhöhung der Versorgertaxen ab 1. Januar 2002 zu spät war. Das ist störend. Das ist ganz klar ein Unfall bei der Bildungsdirektion. Andererseits ist nicht wie bei den Studiengebühren das Problem gelöst, indem wir jetzt sagen, da war ein Fehler, den wir jetzt mit 5 Millionen Franken zuschütten. Es ist nicht gesagt, dass es richtig ist, dass jetzt der Kanton, weil er hier im Ablauf einen Fehler gemacht hat, plötzlich sagt, er nehme die ganzen Kosten, dann sei niemand böse. Es ist so, dass der Schlüssel in der Aufteilung mit der neuen harten Massnahme, aber anständig angekündigt, auf den sehr gebräuchlichen Schlüssel von zwei Kostenteile Gemeinden, ein Kostenteil Kanton hinauslaufen würde. Das ist der Grundsatz, der in sehr vielen Bereichen gilt, ein richtiger Grundsatz. Den würden wir jetzt verletzen, wenn wir das ändern. Die Argumentation mit dem neuen Jugendhilfegesetz, dem *wif! 31*, das in Richtung eines anderen Finanzierungsmodus geht, kann man schon machen. Aber wir dürfen doch jetzt nicht so praktisch unter Freunden sagen, das könnte dann ändern, deshalb ändern wir schon mal einen Teil. Dazu braucht es Verhandlungen und einen Volksentscheid. Im Moment gilt in erster Linie der Schlüssel von zwei zu eins.

Die Begründung der Regierung, weshalb sie so spät gekommen ist, war für uns nicht stichhaltig. Man argumentierte mit 30 Vollzeitstellen, mit den Lohnerhöhungen und den rückläufigen Beiträgen des Bundesamtes. Alle drei Argumente sind aber nicht kurzfristig, die zwischen dem Oktober und dem Dezember des letzten Jahres passiert sind. Das ist nicht seriös. Es hätte anständig angekündigt werden können.

Deshalb erwarten wir hier eine Lösung der Bildungsdirektion. Das heisst nicht einfach, wir überwälzen, sondern das heisst ein sauberes Vorgehen, allenfalls einen Antrag ans Parlament. Jetzt stimmen wir den 5 Millionen Franken nicht zu.

Ruth Gurny Cassee (SP, Maur): Ich muss gestehen, dass mir das, was sich bezogen auf dieses Geschäft jetzt gerade abspielt, ziemlich bizarr vorkommt. Vor wenigen Wochen haben wir in unglaublicher Einigkeit ohne Gegenstimme das dringliche Postulat von Jürg Leuthold und mir überwiesen. Es ist richtig, die Freisinnigen sind sitzen geblieben. Wir haben verlangt, dass die Regierung die Mindestversorgertaxen zurücknimmt. Wir waren uns einig, dass dies eine unsinnige Übung ist, was die Bildungsdirektion hier vor hat. Wir waren uns auch alle einig, dass das dann Kostenfolgen haben wird und wir diese 5 Millionen

Franken im Budget einstellen müssen. Das ist immer wieder in jedem Votum gesagt worden, das hier im Rat dazu abgegeben worden ist.

Jetzt aber, Jürg Leuthold, sagen Sie, so könne man das nicht mehr sehen. Das Globalbudget sei derart gross, dass da schon so viel Elastizität drin ist. Irgendwo müssten diese 5 Milliönchen zu finden sein. Das dünkt mich ziemlich unsolid politisiert. So kann man nicht vorgehen. Wir waren uns damals klar, dass das, was wir getan haben, Kostenfolgen haben wird. Wir haben dazu Ja gesagt. Wenn sie, liebe SVP, jetzt inhaltlich hinter dem Postulat stehen, das ihr Kollege, Jürg Leuthold, und ich eingereicht und das wir überwiesen haben, dann sollten sie auch zu den finanziellen Konsequenzen stehen. Das Anliegen war klar und deutlich keine Sparpolitik auf dem Buckel der Gemeinden, weil das dann schliesslich eine Sparpolitik auf dem Buckel der betroffenen Kinder und Jugendlichen darstellen würde. Wir sagten, dass wir dies nicht wollen, solange in diesem Kanton kein vernünftiger Soziallastenausgleich besteht.

Bitte versuchen Sie doch, ein bisschen inhaltlich kohärent zu politisieren. Sagen Sie Ja zu diesem Minderheitsantrag von Susanna Rusca.

Regierungsrat Ernst Buschor: Ich will nicht alles wiederholen, was wir schon in der Antwort geschrieben haben. Ich halte fest, dass wir während Jahren die Taxen nicht an die Teuerung angepasst haben, auch nicht an die Lohnentwicklung. Das machen wir jetzt, auch gegenüber den Gemeinden. Wir haben das jeweils selber übernommen.

Der Bund hat in den letzten Jahren in wiederholten Schritten die Auflagen für diese Heime verschärft, Personalschlüssel ausgebaut und so weiter. Das haben wir auch allein getragen. Wir müssen jetzt wieder einmal den proportionalen Anteil an die Gemeinden übertragen.

Schliesslich haben wir auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Gemeinden hier besondere Probleme haben. Wir haben die grösste Erhöhung bei den Einweisungen, die über die Gerichte erfolgen. Dort ist auch die grösste Kostensteigerung.

In diesem Sinn ersuche ich Sie, dem Antrag der Regierung zuzustimmen. Wir überwälzen nicht einfach, sondern wir teilen in gewissem Sinne rückwirkend die Kostensteigerungen mit den Gemeinden.

Abstimmung (Die Abstimmung unterliegt der Ausgabenbremse.)

Der Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck, Hanspeter Amstutz, Regina Bapst, Chantal Galladé, Esther Guyer und Charles Spillmann (KBIK) wird dem Antrag der Regierung, der FIKO und der KBIK gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Minderheitsantrag Susanna Rusca Speck mit 88 : 64 Stimmen ab. Der Budgetbetrag beläuft sich somit auf Fr. 134'815'700.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

Konto 2963, Gehörlosenschule

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Abschreibung von Leistungsmotionen

KR-Nr. 22/2001, Leistungsmotion der KBIK betreffend Verbesserung des Betreuungsquotienten in den Geisteswissenschaften sowie in anderen Engpassfächern

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die KBIK beantragt Abschreibung der Leistungsmotion. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Abschreibung der Leistungsmotion KR-Nr. 22/2001 mit 151 : 0 Stimmen zu.

KR-Nr. 23/2001, Leistungsmotion der KBIK betreffend Betreuungsquotient der Doppelmaturajahrgänge (2002–2006)

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die KBIK beantragt Abschreibung der Leistungsmotion. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt der Abschreibung der Leistungsmotion KR-Nr. 23/2001 mit 147 : 0 Stimmen zu.

Die Beratungen werden unterbrochen.

Verschiedenes

Sitzungsbeginn am 11. März 2002

Ratspräsident Martin Bornhauser: Die Präsidenten der drei grossen Fraktionen haben sich überraschend auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Sie beantragen, am nächsten Montag erst um 9.15 Uhr zu beginnen, damit vorher noch Fraktionssitzungen durchgeführt werden können.

Die Traktandenliste ist allerdings schon gedruckt. Wir werden aber einen Zettel beilegen, sodass nur ein ganz kleiner Teil der Kantonsräte um 8.15 Uhr hier im Saal sein wird.

Wir werden zuerst die Baudirektion beraten, dann kommt die so genannte Elefantenrunde und dann die Schlussabstimmung.

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

Zürich, 5. März 2002

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 15. April 2002.